Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates**
der **Marktgemeinde TERNBERG**, am **14. Dezember 2004, 19.00 Uhr**,
Tagungsort: *Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes Ternberg*

Anwesende:

1. Bgm. Buchberger Alois (ÖVP)
als Vorsitzender	13. Vize-Bgm. Steindler Leopold (SPÖ)
2. Vize-Bgm. Kleindl Josef (ÖVP)	14. GV Krieger Hugo (SPÖ)
3. GV Ahrer Andreas (ÖVP)	15. GR Nagler Wilhelm (SPÖ)
4. GV Mayr Hermann (ÖVP)	16. GR Eibenberger Franz (SPÖ)
5. GR Mag. Hollnbuchner Birgit (ÖVP)	17. GR Wiltschko Pia (SPÖ)
6. GR Großwindhager Ferdinand (ÖVP)	18. GR Hager Johann (SPÖ)
7. GR Molterer Theresia (ÖVP)	19. GR Wimmer Karl-Heinz (SPÖ)
8. GR Pörnbacher Josef (ÖVP)	20. GR Gierer Franz (SPÖ)
9. GR Großtesner Johann (ÖVP)	21. GR Großteßner-Hain Josef (BPT)
10. GR Ing. Derfler Franz (ÖVP)	22. GR Schörkhuber Anna (BPT)
11. GR Rogner Christian (ÖVP)	
12. GR Gruber Helmut (ÖVP)	

Ersatzmitglieder:

EGR Brandstetter Karl (ÖVP)	für	GR Großwindhager Stefan (ÖVP)
EGR Born Christian (SPÖ)	für	GV Müller Gerhard (SPÖ)
EGR Pumsleitner Johann (FPÖ)	für	GR Blasl Edgar (FPÖ)

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter Haider Johann
Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990): Gde.Kassenleiterin Asmus Andrea

Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen (§ 18 Abs. 4 O.ö. GemO. 1990): ---

Es fehlen:

entschuldigt:

GR Großwindhager Stefan (ÖVP)
GV Müller Gerhard (SPÖ)
GR Blasl Edgar (FPÖ)
EGR Steindler Günther (SPÖ)

unentschuldigt:

Der Schriftführer: Schauer Annemarie

Der Vorsitzende eröffnet um **19.00 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;

die Verständigung hierzu an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 17. Dezember 2003 in der Form erfolgt ist, indem der Sitzungsplan vom 17. Dezember 2003 für alle im Jahre 2004 geplanten Gemeindevorstands- und Gemeinderatssitzungen nachweislich zugestellt wurde. Die Tagesordnung wurde am 02. Dezember 2004 ausgesandt; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel wurde am gleichen Tage öffentlich kundgemacht;

b) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

c) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 28. Oktober 2004 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Als Protokollunterfertiger werden folgende Gemeinderäte namhaft gemacht:

ÖVP: GR Pörnbacher Josef

SPÖ: GR Nagler Wilhelm

BPT: GR Schörkhuber Anna Maria

FPÖ: EGR Pumsleitner Johann

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

- 1 . Voranschlag 2005.
- 2 . Kassenkredit 2005.
- 3 . Aufnahme eines Darlehens zur Ausfinanzierung der Sanierung der Volksschule Trattenbach in Höhe von € 36.000,--.
- 4 . Mittelfristiger Finanzplan 2005.
- 5 . Wassergebührenordnung, Erhöhung der Gebühren per 1.1.2005.
- 6 . Kanalgebührenordnung, Erhöhung der Gebühren per 1.1.2005.
- 7 . Abfallgebührenordnung, Erhöhung der Abfallgebühr per 1.1.2005.
- 8 . Leichenhallengebührenordnung, Änderung der Tarife per 1.1.2005.
- 9 . BZ-Anträge 2005.
- 10 . Prüfbericht zur Prüfungsausschusssitzung vom 04.11.2004.
- 11 . Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen, Instandsetzungsmaßnahmen 2005.
- 12 . Zählerstandsablesung der Wasseruhren - Umstellung auf eine jährliche Ablesung.

- 13 . Bebauungsplanänderung Nr. 38.1 "Hiesberger-Styria", Beschlussfassung gemäß § 33 Oö ROG 1994.
- 14 . Nahwärmeheizwerk, Abschluss eines Pachtvertrages zwischen der Bioenergie Ternberg und der Marktgemeinde Ternberg betreffend das Grundstück Nr. 1449/1, KG Ternberg.
- 15 . Ansuchen der Pfarre um einen Zuschuss zur Sanierung der Glocken- und der Läutanlage.
- 16 . Kündigung der Wohnung Blasl Roman sen. mit 31.12.2004 in Trattenbach, Feitelstraße 9.
- 17 . Anmietung eines Weidemann Hoftrac 1250 P 34 Kommunal für den Winterdienst, Genehmigung des Mietvertrages.
- 18 . Ausfinanzierung verschiedener außerordentlicher Vorhaben, Genehmigung des Finanzierungsplanes betreffend Gewährung einer Bedarfszuweisung.
- 19 . Abgabe einer Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung betreffend Errichtung des Kaufgeschäftes Zielpunkt.
- 20 . Allfälliges.

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPÖ-Fraktion in der GR-Sitzung am 30.09.2004:

Der Bürgermeister berichtet, dass von der SPÖ-Fraktion in der Gemeinderatssitzung am 30. September 2004 folgende schriftliche Anfrage gestellt wurde:

„Anfrage an Bgm. Buchberger Alois gem. § 63 a der OÖ. Gemeindeordnung.

Auf Grund des OÖ. Abwasserentsorgungsgesetzes 2001 sind alle Gemeinden (zwischen 2.000 und 15.000 Einwohnern) verpflichtet, bis 31.12.2005 den § 1 Abs. 4 Pkt. 2 umzusetzen.

Frage:

Welche Maßnahmen wurden bisher in diesem Zusammenhang getroffen?

Im Speziellen geht es um die Umsetzung folgender Paragraphen:

§§ 5, 6, 7, 8, 9 und 10: IST-Zustand der örtlichen Abwasserentsorgung und Abwasserentsorgungskonzept;

§ 21: Mängelbeseitigung;

§ 25: Anpassung bestehender und Erlassung neuer Abwasserentsorgungskonzepte;

§ 26: Überprüfung bestehender Senkgruben.“

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte schriftlich mit Schreiben vom 13.12.2004 wie folgt:

IST-ZUSTAND DER ÖRTLICHEN ABWASSERENTSORGUNG

Laut Entsorgungskonzept müsste der Kanalbau innerhalb der gelben Linie bis 2010 abgeschlossen sein. Entsorgungskonzept des Gemeinderates vom Jahr 1995.

zu § 1 Abs. 4, Z. 2

Ziele und Grundsätze

Die Feststellung, wann ein Gebiet als zusammenhängig anzusehen ist oder nicht, ist eher unklar. Es wird angenommen, dass es in Ternberg kein zusammenhängendes Gebiet von über

2.000 Einwohnern gibt. Es ist nicht anzunehmen, dass z.B. Gebiete außerhalb der Ortstafeln noch als zusammenhängendes Gebiet angesehen werden (z.B. Steinwend, Schwandaustraße, Dürnbach). Dies wurde auch vom Amt der oö. Landesregierung mit Schreiben vom 27. Juli 1998 festgestellt.

In Ternberg gibt es eine Kläranlage und seit dem Jahr 2001 eine FÄKÜ-Station. Jeder Ternberger kann dort abliefern oder entsorgen.

Zu § 5

Abwasserkataster

Die Art der Abwasserentsorgung wurde auf Grund von (teilweise unvollständigen) Angaben der Senkgruben- bzw. Kläranlagenbesitzer ermittelt und in Form des geforderten Abwasserkatasters dargestellt. Dieser wurde dem Amt der O.ö. Landesregierung, Umweltrechtsabteilung, am 15. Juli 2004 zur Überprüfung übermittelt (siehe Anlage – Schreiben vom Amt der O.ö. Landesregierung vom 9. September 2004, AZ: UR-170388/24-2004-We).

Zu § 6

Erhebung des Ausbringungsbedarfes

Erlass vom 09.09.2004; Die anfallenden Fäkalien werden in der FÄKÜ-Station übernommen und nicht auf landwirtschaftliche Flächen ausgebracht. Die Kennziffer nach § 6 wurde vom Amt der oö. Landesregierung mit 18 ermittelt. Auf Grund des weiteren Kanalbaues wird sich die Kennziffer noch erniedrigen. Es müssen keine weiteren Erhebungen gemacht werden.

ABWASSERENTSORGUNGSKONZEPT

zu § 7

Erstellung

Erfolgte 1994; Das Abwasserentsorgungskonzept wurde vom Gemeinderat am 15. Februar 1996 beschlossen und vom Amt der oö. Landesregierung am 15. April 1996, UR-170388/14-1996-He, aufsichtsbehördlich genehmigt.

Zu § 8

Inhalt

Es gibt eine zentrale Kläranlage und eine Übernahmestation.

Ca. 65 Stück vollbiologische Kleinkläranlagen (für ca. 75 Haushalte)

ca. 100 Stück mechanische Kläranlagen mit 2 bis 4 Kammern und Pflanzenkläranlagen

ca. 170 Stück Senkgruben

Die Gemeinde hat keinen erhöhten Ausbringungsbedarf. Dieser ist ab einer Kennziffer zwischen 25 und 50 gegeben. Trifft in Ternberg nicht zu, da das Land Oö. eine provisorische Kennziffer von rund 18 ermittelt hat.

Zu § 9

Verfahren

Die Verständigungen wurden bei der Erstellung des Abwasserentsorgungskonzeptes durchgeführt. Das Entsorgungskonzept wurde vom Gemeinderat beschlossen und vom Amt der oö. Landesregierung mit Bescheid vom 15.04.1996 genehmigt.

Zu § 10

Fortführung

Die Überprüfung wurde von Herrn Dipl.-Ing. Dienesch gemacht. Eine generelle Überarbeitung soll nach Errichtung der Kanäle innerhalb der gelben Zone erfolgen?

VOLLZIEHUNG

zu § 21

Wartung, Instandhaltung, Mängelbeseitigung

Die Senkgrubenbesitzer wurden angeschrieben und aufgefordert Dichtheitsatteste vorzulegen. Weiters wurden Sie in Kenntnis gesetzt, dass undichte Senkgruben zu sanieren bzw. neu zu errichten sind.

Die Abgabe des Entsorgungsnachweises nach § 17 wurde mehrmals vorgeschrieben. Damit ist ebenfalls eine gewisse Dichtheitsüberprüfung gegeben. Die Entsorgungsnachweise wurden nicht von allen Senkgrubenbetreibern abgegeben.

Zu § 25

Anpassung bestehender Abwasserentsorgungskonzepte

Das Abwasserentsorgungskonzept der Gemeinde Ternberg wurde nach § 8 O.ö. Bodenschutzgesetz 1991 erstellt.

Zu § 26

Überprüfung bestehender Senkgruben

Im Gemeindegebiet Ternberg müssen ca. 150 Senkgruben überprüft werden. Dem Marktgemeindeamt Ternberg stehen seitens des Bezirksbauamtes Steyr keine Sachverständige zur Verfügung. Drei wurden durch eine Firma überprüft (Gesamtkosten für 3 Senkgruben € 2.086,50). Es wurden Dichtheitsatteste vorgelegt – laufende Verfahren.

1. P u n k t

Voranschlag 2005.

Der Bürgermeister ersucht die Gemeindegasseleiterin Asmus um Berichterstattung.

Gemeindegasseleiterin Asmus berichtet, dass der Voranschlag für das Finanzjahr 2005 in der Zeit vom 29.11.2004 bis 14.12.2004 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist, worüber die Kundmachung vorliegt.

Während dieser Auflagefrist wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Voranschlagsentwurf wurde vom Finanzausschuss am 24.11.2004 in allen Punkten besprochen und am 25.11.2004 von der Bezirkshauptmannschaft einer Vorprüfung unterzogen.

Sie verliest nun den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Voranschlag für das Finanzjahr 2005 einschließlich Festsetzung der Steuerhebesätze und Abgaben.

A. Ordentlicher Voranschlag

Summe der Einnahmen	4.188.900,00 EURO
Summe der Ausgaben	<u>4.444.000,00 EURO</u>
Abgang	255.100,00 EURO

B. Außerordentlicher Voranschlag

Summe der Einnahmen	733.900,00 EURO
Summe der Ausgaben	<u>778.900,00 EURO</u>
Abgang	45.000,00 EURO

Festsetzung der Hebesätze:

Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) mit	500 v.H. des Steuermessbetrages
Grundsteuer für Grundstücke (B) mit	500 v.H. des Steuermessbetrages
Lustbarkeitsabgabe (Kartenabgabe) mit	15,00 v.H. des Preises oder Entgeltes bzw. laut Verordnung
Lustbarkeitsabgabe für die Vorführung von Bildstreifen mit	0,00 v.H. des Preises oder Entgeltes
Hundeabgabe mit	€ 26,00 für den 1. Hund € 26,00 für jeden weiteren Hund € 10,00 für Wachhunde
Kanalbenützungsgebühr mit	€ 3,02
Wasserbezugsgebühr mit	€ 1,28
Abfallabfuhrgebühr mit	€ 4,74
(alle Gebühren ohne Ust.)	

Der Dienstpostenplan wird festgesetzt mit:

Allgemeine Verwaltung:

1	B	GD 10	B II-VII	
1	VB	GD 15	I/c	
2	B	GD 17	C I-V	
1	B	GD 18	C I-IV/N2-Laufbahn	
2	VB	GD 18	I/c	
1	VB	GD 19	I/c	
1	VB	GD 18	I/d	ad personam Sabine Garstenauer VB. I/c
1	VB	GD 20	I/d	
1	VB	GD 25	I/e	

Handwerklicher Dienst:

2	VB	GD 18	II/p 2	
1	VB	GD 19	II p 3	ad personam Anton Felbauer VB. II/p 2
1	VB	GD 19	II/p 3	ad personam Reinhold Aigner VB. II/p 2
1	VB	GD 19	II/p 3	ad personam Paul Schlüßlmayr VB. II/p 2
0,38	VB	GD 23	II/p 4	
0,62	VB	GD 21	II/p 3	
1	VB	GD 19	II/p 3	
1,95	VB	GD 21	II/p 3	
1,38	VB	GD 25	II/p 4	
5,56	VB	GD 25	II/p 5	
3		GD 25		geringfügig Beschäftigte – 0,5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Finanzjahr 2005 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird mit € 690.000,-- festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind € 280.000,-- Kassenkredite enthalten, die auf Grund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind. Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Voranschlags bestimmt sind, wird mit € 330.000,-- festgesetzt. Dieser Gesamtbetrag soll nach dem außerordentlichen Voranschlag für folgende Zwecke verwendet werden:

Kanalbau BA 09, € 70.000,--

Kanalbau, BA 10, € 260.000,--

Schuldendienst: (Ohne Leasing-Verpflichtungen)

Stand zu Beginn des Haushaltsjahres: 5.408.580,63 EURO

Zugang = Neuaufnahme 330.000,00 EURO

Abgang = Tilgung 321.670,73 EURO

Stand am Ende des Haushaltsjahres: 5.416.909,90 EURO

Leasing-Raten:

Amtshausbau € 116.000,00

Der Zinsendienst beträgt € 129.531,97 der Gesamtschuldendienst € 451.202,70.

Die Schuldendienstsätze lauten auf € 199.577,07, sodass der Nettoaufwand € 251.625,63 beträgt.

Beschlussvorschlag:

Nachdem der Gemeinderat den Gemeindevoranschlag in allen Ansätzen und die sonstigen gemäß § 74 Abs. 3 und 4 OÖ. Gemeindeordnung 1990 erstellten Voranschläge einer Prüfung unterzogen hat, möge er diesen in vorliegender Form beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Faktum ist, dass der Voranschlag 2005 einen Fehlbetrag von € 255.100,-- aufweist. Der Abgang aus dem Jahr 2004 beträgt € 300.000,--, sodass der Abgang aus diesen zwei Jahren insgesamt € 555.100,-- ausmacht. Der Abgang für diese zwei Jahre ist beträchtlich und es wird wahrscheinlich noch ein paar Jahre dauern, bis sich die Finanzlage wieder bessern könnte. Im Voranschlag sind Vorhaben vorgesehen, die nur mit BZ-Mittel finanzierbar sind. Die Gemeinde hat finanziell gesehen auch in den nächsten Jahren überhaupt keine Möglichkeit mehr, neue Projekte zu finanzieren.

Im Mittelfristigen Finanzplan sind für die Jahre 2005 bis 2008 viele Vorhaben aufgenommen worden. Verwirklicht werden können aber wahrscheinlich nur Projekte, die mit dem Kanal- und Wasserleitungsbau zusammenhängen. Die Situation ist leider schon so, dass von der Aufsichtsbehörde nicht einmal mehr ein Fahrzeug genehmigt wird, das dringend für den Bauhof benötigt werden würde.

Die einzige Hoffnung für die Gemeinde ist, dass dementsprechende Unterstützung vom Land kommt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Es ist leider so, dass sich die Gemeinde Ternberg in einer schwierigen finanziellen Situation befindet. Dies betrifft aber nicht nur die Gemeinde Ternberg, sondern ganz Österreich. In der Gemeinde wurden in den letzten Jahren sehr viele Projekte umgesetzt und wird man sicher noch einige Jahre finanziell damit zu kämpfen haben. Unser Ziel muss es sein, zumindest einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Es kann aber nicht so sein, dass eine Abgangsgemeinde keine Vorstellungen und Pläne mehr haben darf. Man muss sich eben um eine Finanzierung für die geplanten Projekte bemühen. Wenn es dafür eine Finanzierung gibt, kann man sie verwirklichen, ansonsten eben nicht.

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Ich möchte darauf hinweisen, dass für die Projekte aus der Vergangenheit (ohne Amtshaus) Darlehen in der Höhe von € 649.000,-- bestehen. Die restlichen 5 Mio. Euro Schulden betreffen alleine den Kanalbau. Dies zeigt ganz deutlich, welche finanzielle Belastung der Kanalbau für die Gemeinde bedeutet.

Wortmeldung Großwindhager Ferdinand:

Wie hoch wird die vom Land zu erwartende Abgangsdeckung sein?

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Wünschenswert wäre natürlich eine gänzliche Abdeckung. Vom Abgang 2003 sind z.B. ca. € 19.000,-- nicht abgedeckt worden.

Beschlussfassung:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Gemeindevoranschlag 2005 in der vorliegenden Form, ebenso die Steuerhebesätze und den Dienstpostenplan, beschließen, nachdem er den Gemeindevoranschlag in allen Ansätzen und die sonstigen gemäß § 74 Abs. 3 und 4 OÖ. Gemeindeordnung 1990 erstellten Voranschläge einer Prüfung unterzogen hat.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; zwei Gemeinderäte (Großteßner-Hain und Schörkhuber, beide BPT) enthalten sich der Stimme.

2. P u n k t

Kassenkredit 2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Gemäß § 83 (1) OÖ. Gemeindeordnung 1990 können die Gemeinden zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Gemeindevoranschlags Kassenkredite bis zu einer Höhe von 1/6 der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlags aufnehmen. Für das Jahr 2005 ist daher ein Kassenkredit in der Höhe von € 690.000,-- möglich.

Zur Anbotslegung wurden mittels Ausschreibung vom 12. Oktober 2004 8 Geldinstitute eingeladen. Davon haben 7 Geldinstitute ein Angebot gelegt.

Die Anbotseröffnung fand am Freitag, den 12. November 2004, um 10.15 Uhr in der Gemeindegasse des Marktgemeindefamtes Ternberg statt. Anwesend waren von der Marktgemeindegasse Ternberg Kassenleiterin Andrea Asmus und Norbert Hochmuth, von den Anbotslegern Wilhelm Nagler von der Raiffeisenbank Ennstal.

Das Angebot der Raiffeisenlandesbank Linz wurde in einem nicht gekennzeichneten Kuvert abgegeben und war daher bereits geöffnet.

Die Anbotseröffnung bringt das in der folgenden Übersicht festgehaltene Ergebnis:

Geldinstitut	Zinssatz	Bindung	Anmerkung
Volksbank Alpenvorland, Steyr <i>abgegeben am: 19.10.2004</i>	3 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,25 %, aufgerundet auf das nächste 1/8 %		keine Nebenkosten Zinsanpassung halbjährlich 01.01. und 01.07. auf Basis Durchschnitt November und Mai
Raiffeisen Landesbank, Linz <i>abgegeben am: 25.10.2004</i>	6 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,20 %		keine Nebenkosten Abschluss halbjährlich zum 30.6. und 31.12.
OÖ Postsparkasse, Wien <i>abgegeben am: 08.11.2004</i>	6 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,50 %		keine Nebenkosten halbjährliche Anpassung

Oberösterreichische Landesbank, Linz <i>abgegeben am: 10.11.2004</i>	6 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,17 %		Verzugs- und Überziehungszinssatz 2,5 % halbjährliche Anpassung
Volkskreditbank AG, Linz <i>abgegeben am: 10.11.2004</i>	3 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,30 %, aufgerundet auf das nächste 1/8 %		keine Nebenkosten vierteljährliche Zinsanpassung
Raiffeisenbank Ennstal, Ternberg <i>abgegeben am: 10.11.2004</i>	6 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,14 %		keine Nebenkosten Zinsanpassung 1.1. und 1.7., Berechnungsbasis Durchschnitt November und Mai
Bank Austria AG, Linz <i>abgegeben am: 11.11.2004</i>	6-Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,20 % gleich bleibender Sockelbetrag 400.000,--: 6 Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag 0,11 %		keine Nebenkosten halbjährliche Anpassung, Berechnungsbasis 2 Bankarbeitstage vor Fälligkeit
Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG, Ternberg			kein Angebot abgegeben

Als Bestbieter wurde demnach die Raiffeisenbank Ennstal ermittelt, zweitbesten Bieter ist die OÖ. Landesbank und drittbesten Bieter die Bank Austria AG.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge auf Grund der Ausschreibung von 12. Oktober 2004 beschließen, für das Jahr 2005 einen Kassenkredit in der Höhe von € 690.000,-- bei der Raiffeisenbank Ennstal, Bst. Ternberg, zu den vorgetragenen Konditionen des Anbots vom 10. November 2004 aufzunehmen.“

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Kreditvertrag vollinhaltlich.

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GV Ahrer Andreas stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, auf Grund der Ausschreibung von 12. Oktober 2004, für das Jahr 2005 einen Kassenkredit in der Höhe von € 690.000,-- bei der Raiffeisenbank Ennstal, Bst. Ternberg, zu den vorgetragenen Konditionen des Anbots vom 10. November 2004 aufzunehmen.

Der Kreditvertrag, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, soll ebenfalls beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Kreditvertrag

3. P u n k t

Aufnahme eines Darlehens zur Ausfinanzierung der Sanierung der Volksschule Trattenbach in Höhe von € 36.000,--.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Zur Ausfinanzierung wurden mittels Ausschreibung gemäß Bundesvergabegesetz 2002 als nicht offenes Verfahren ohne Bekanntmachung im Unterschwellenbereich vom 11. November 2004 acht Geldinstitute zur Anbotslegung eingeladen.

Davon haben sieben Geldinstitute ein Angebot gelegt.

Die Anbotseröffnung fand am Freitag, den 26. November 2004, um 11.15 Uhr in der Gemeindekasse des Marktgemeindefamtes Ternberg statt. Anwesend waren von der Marktgemeinde Ternberg Kassenleiterin Andrea Asmus und Norbert Hochmuth, von den Anbotslegern Wilhelm Nagler für die Raiffeisenbank Ennstal.

Die Anbotseröffnung bringt das in der folgenden Übersicht festgehaltene Ergebnis:

Geldinstitut	Zinssatz	Bindung	Anmerkung
Volksbank Alpenvorland <i>abgegeben: 18.11.2004</i>	6 Monats Euribor Aufschlag 0,375 %pkte, aufgerundet auf 1/8 %pkten		Zinsanpassungen 01.01. und 01.07. auf Basis Durchschnittswerte Mai und November
P.S.K. <i>abgegeben: 23.11.2004</i>	6 Monats Euribor Aufschlag 0,4 %pkte		
Volkskreditbank AG <i>abgegeben: 24.11.2004</i>	Variante A 6 Monats Euribor Aufschlag 0,25 %pkte Variante B jew. Eurozinsswapsatz vom 1. Tag der Fix- zinsbindung plus 0,25 %pkte Aufschlag		

Bank Austria <i>abgegeben:</i> 25.11.2004	Variante A 6 Monats Euribor Aufschlag 0,45 %pkte Variante B 3,17 % Fixzins 3,52 % Fixzins 3,93 % Fixzins	3 Jahre 5 Jahre 10 Jahre	Zinsanpassung auf Basis Euribor 2 Bankarbeitstage vor Anpassung
Oberösterreichische Landesbank <i>abgegeben:</i> 25.11.2004	6 Monats Euribor Aufschlag 0,30 %		Zinsanpassungen 30.06. und 31.12. auf Basis Durchschnittswerte Mai und November
Raiffeisen Landesbank <i>abgegeben:</i> 26.11.2004	Variante A 6 Monats Euribor Aufschlag 0,25 % Variante B Fixzinssatz 2,85 % Variante C Zinssatz mit Bindung an SMR Emittenten gesamt – 0,10 % dekur- siv	1 Jahr	Zinsanpassungen 30.06. und 31.12. auf Basis Durchschnittswerte Mai und November Neuverhandlung nach Ab- lauf der Fixzinsbindung
Raiffeisenbank Tern- berg <i>abgegeben:</i> 26.11.2004	Variante A 6 Monats Euribor Aufschlag 0,10 % de- kursiv Variante B Fixzinssatz 2,6 % Variante C Zinssatz mit Bindung an SMR Emittenten gesamt – 0,5 % dekur- siv	1 Jahr	Zinsanpassungen 30.06. und 31.12. auf Basis Durchschnittswerte Mai und November Neuverhandlung nach Ab- lauf der Fixzinsbindung
Sparkasse Ternberg <i>kein Angebot</i>			

Als Bestbieter wurde demnach die Raiffeisenbank Ennstal ermittelt. Gleichwertig als zweit-
beste Bieter wurden die Raiffeisen Landesbank und die Volkskreditbank AG ermittelt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge auf Grund der Ausschreibung von 11. November 2004 beschließen, für die Ausfinanzierung der Volksschule Trattenbach ein Darlehen in der Höhe von € 36.000,- bei der Raiffeisenbank Ennstal, Bst. Ternberg, zu den vorgetragenen Konditionen des Anbots vom 26. November 2004 aufzunehmen.“

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Kreditvertrag vollinhaltlich.

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

Vize-Bgmst. Kleindl Josef stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, auf Grund der Ausschreibung vom 11. November 2004, für die Ausfinanzierung der Volksschule Trattenbach ein Darlehen in der Höhe von € 36.000,- bei der Raiffeisenbank Ennstal, Bst. Ternberg, zu den vorgetragenen Konditionen des Anbots vom 26. November 2004 aufzunehmen.

Der Darlehensvertrag, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, soll ebenfalls beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Darlehensvertrag

4. P u n k t

Mittelfristiger Finanzplan.

Der Bürgermeister ersucht den Obmann des Finanzausschusses GV Ahrer um Berichterstattung.

GV Ahrer verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Der Finanzausschussobmann Ahrer Andreas trägt den MFP 2005 – 2008 wie folgt vor:

Vorhaben	2005	2006	2007	2008
Ankauf eines TLF für die FF Ternberg				
Summe Kosten 163100	0,00	0,00	250.000,00	0,00
Summe Bedeckung 163100	0,00	0,00	250.000,00	0,00
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	0,00	0,00	0,00	0,00
FF Trattenbach, Grundkauf u. Zeughausb.				
Summe Kosten 163200	0,00	164.300,00	164.300,00	164.300,00
Summe Bedeckung 163200	0,00	14.000,00	245.000,00	233.900,00
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	0,00	-150.300,00	80.700,00	69.600,00

FF Reitnerberg, KLF-Ankauf

Summe Kosten 163310	0,00	98.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 163310	0,00	98.000,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00

Ankauf eines Klf für die FF Schattleiten

Summe Kosten 163400	98.800,00	41.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 163400	98.800,00	41.000,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00

Schulbuswartehäuschen

Summe Kosten 210000	0,00	5.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 210000	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-5.000,00	0,00	0,00

Sanierung Volksschule Trattenbach

Summe Kosten 211100	45.000,00	0,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 211100	0,00	0,00	0,00	0,00
	-45.000,00	0,00	0,00	0,00

Sanierung der Hauptschule Ternberg

Summe Kosten 212100	0,00	0,00	1.500.000,00	2.000.000,00
Summe Bedeckung 212100	0,00	0,00	1.500.000,00	2.000.000,00
	0,00	0,00	0,00	0,00

HS-Ternberg PC-Ankauf

Summe Kosten 212200	0,00	25.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 212200	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-25.000,00	0,00	0,00

Seniorenwohnheim

Summe Kosten 420000	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Summe Bedeckung 420000	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-10.000,00	-10.000,00	-10.000,00

Ankauf des alten Rot-Kreuz-Gebäudes

Summe Kosten 531000	0,00	111.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 531000	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-111.000,00	0,00	0,00

Straßenbau

Summe Kosten 612900	65.600,00	47.700,00	70.000,00	0,00
Summe Bedeckung 612900	65.600,00	47.700,00	19.000,00	19.000,00
	0,00	0,00	-51.000,00	19.000,00

Wildbachverb. Trattenbach, Flw.Projekt

Summe Kosten 633000	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
Summe Bedeckung 633000	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00

Wildbachverbauung Zufahrt Fahrreit

Summe Kosten 635000	0,00	10.400,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 635000	0,00	10.400,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Wegeerhaltungsverb.GW Trttb.,Baumeseck

Summe Kosten 710100	0,00	26.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 710100	0,00	26.000,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Güterwegebau Bergstraße u. Schöckhof

Summe Kosten 710500	0,00	7.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 710500	0,00	7.000,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Güterweg Jochberg

Summe Kosten 710600	0,00	40.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 710600	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>-40.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Güterweg Wies

Summe Kosten 710700	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
Summe Bedeckung 710700	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-30.000,00</u>	<u>-30.000,00</u>

GW+Hofzuf.Rankl,Bogenh.,Kremsl.,Schmidth

Summe Kosten 710800	0,00	32.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 710800	0,00	32.000,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Sanierung Kinderspielplatz

Summe Kosten 815000	0,00	7.200,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 815000	0,00	3.600,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>-3.600,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Straßenbeleuchtung

Summe Kosten 816000	0,00	26.700,00	26.700,00	26.700,00
Summe Bedeckung 816000	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>-26.700,00</u>	<u>-26.700,00</u>	<u>-26.700,00</u>

Bauhof: Vorplatz, Zaun und Lärmschutz

Summe Kosten 820200	0,00	0,00	100.000,00	100.000,00
Summe Bedeckung 820200	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-100.000,00</u>	<u>-100.000,00</u>

Beach-Volleyball Platz, Errichtung

Summe Kosten 831100	0,00	11.000,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 831100	0,00	7.000,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>-4.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Freibad Ternberg, Sanierung

Summe Kosten 831300	0,00	0,00	0,00	100.000,00
Summe Bedeckung 831300	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-100.000,00</u>

Wasserverband

Summe Kosten 850000	36.700,00	34.400,00	34.400,00	34.700,00
Summe Bedeckung 850000	36.700,00	34.400,00	34.400,00	34.700,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kanalbau Ba 08, Senkgrunbeninhalte-Übern

Summe Kosten 851800	9.000,00	0,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 851800	9.000,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kanalbau Ba 09

Summe Kosten 851900	70.000,00	0,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 851900	70.000,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

KANALBAU BA 10

Summe Kosten 851100	300.000,00	0,00	0,00	0,00
Summe Bedeckung 851100	300.000,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kanalbau BA 11

Summe Kosten 851110	153.800,00	750.000,00	600.000,00	0,00
Summe Bedeckung 851110	153.800,00	750.000,00	600.000,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kanalbau BA 12

Summe Kosten 851120	0,00	0,00	300.000,00	600.000,00
Summe Bedeckung 851120	0,00	0,00	300.000,00	650.600,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>50.600,00</u>

Kosten Gesamt

778.900,00 1.466.700,00 3.105.400,00 3.085.700,00

Bedeckung Gesamt

733.900,00 1.071.100,00 2.948.400,00 2.938.200,00

-45.000,00 -395.600,00 -157.000,00 -147.500,00

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den MFP 2005 – 2008 in vorgeschlagener Form beschließen.“

GV Ahrer bemerkt dazu, dass gegenüber des MFP, wie er in der Gemeindevorstandssitzung vorgetragen wurde, folgende zwei Vorhaben zusätzlich aufgenommen wurden:

Sanierung Kinderspielplatz

Wildbachverbauungsmaßnahmen Fahrreit.

Beratung:

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Es gibt vom Land eine mündliche Zusage, dass die Sanierung des Kinderspielplatzes im Jahr 2006 durchgeführt werden kann, wenn es bis dahin eine Finanzierungsmöglichkeit gibt. Sollte sich auch schon früher eine Finanzierungsmöglichkeit ergeben, kann das Vorhaben auch schon zu einem früheren Zeitpunkt in Angriff genommen werden.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der BZ-Anträge für 2005 wurde festgestellt, dass die Errichtung des Schutzzaunes an der Zufahrtsstraße Fahrreit unbedingt erfolgen muss.

Aus diesen Gründen wurden diese zwei Vorhaben noch in den MFP aufgenommen.

Wortmeldung GV Krieger:

Es wurde in zwei Finanzausschusssitzungen über den MFP beraten. Es wurden alle den Fraktionen wichtigen Projekte in den MFP aufgenommen, wohl wissend, dass dieser MFP teilweise ein Wunschzettel ist, weil noch nicht alle BZ-Anträge gestellt waren und die Anzahl der BZ-Anträge zu hoch war.

Zwei Tage nach der Finanzausschusssitzung wurden vom Prüfer Korrekturen des MFP vorgenommen. Es mussten Streichungen von Vorhaben für das Jahr 2005 vorgenommen werden. Von der Gemeindegasseleiterin, Frau Asmus, musste daher ein neuer MFP erstellt werden.

In der Zwischenzeit ist vom Land OÖ., Gemeindeabteilung, unterzeichnet von LR Dr. Stockinger und LR Ackerl, ein Erlass eingegangen, der u.a. Richtlinien für die Antragstellung von BZ und für die Erstellung des MFP enthält.

In diesem Erlass heißt es u.a:

„Viele Gemeinden haben die große Bedeutung des MFP erkannt und diesen mit ausgezeichneter Qualität erstellt. Einige Gemeinden messen leider dem MFP zu wenig Bedeutung bei und berücksichtigen nicht, dass der MFP als Instrument zur Investitions- und Vorhabensplanung in Abstimmung mit dem Gemeindehaushalt in Zukunft großes Gewicht im Zusammenhang mit der Gewährung der Bedarfszuweisungsmittel zukommen soll. Die Auswertung des MFP dieser Gemeinden hat nämlich gezeigt, dass speziell der mittelfristige Investitionsplan wesentlich realistischer erstellt werden muss.“

Der MFP der Gemeinde Ternberg entspricht nach wie vor nicht diesen Vorgaben. Es wurden auch für 2006 zu viele Vorhaben aufgenommen.

Die SPÖ-Fraktion hat sich nach langer Diskussion nicht entscheiden können, geschlossen diesem MFP zuzustimmen.

Die SPÖ-Fraktion erwartet sich, dass der Bürgermeister bei LR Dr. Stockinger Erfordernisse für die Gemeinde Ternberg entsprechend reklamiert, die Mittel einfordert und dabei auf die besondere Situation der Marktgemeinde Ternberg hinweist:

- Ternberg ist eine Abgangsgemeinde wegen eines langfristigen Kanalprojektes, das sich stark in den Finanzen niederschlägt.
- Weiters hat die Gemeinde auf Grund der geografischen Lage 5 Feuerwehren, die auch auszustatten sind. Gerade in den nächsten Jahren steht hier einige Beschaffungen an.
- Ein wesentlicher Punkt sind auch noch die Schulen. Für Sanierung und Ausstattung sind hier in nächster Zeit dringend Mittel erforderlich.

Vize-Bgmst. Steindler hat in der Vergangenheit immer wieder erreicht, bei LH-Stv. Hochmair und LR Ackerl auch dann Finanzmittel für die Gemeinde Ternberg flüssig zu machen, wenn noch keine entsprechenden BZ-Anträge gestellt waren. Man erhofft sich dies nun auch von dem jetzigen zuständigen LR Dr. Stockinger. Ich hoffe, dass dies gelingt und stimme daher dem MFP zu.

Wortmeldung GR Nagler:

Ich schließe mich den Ausführungen von GV Krieger an, werde aber dem MFP meine Zustimmung nicht geben.

In der Prüfungsausschusssitzung im September, bei der auch der Obmann des Finanzausschusses, GV Ahrer, anwesend war, wurde über den MFP eingehend diskutiert. Ich habe ausdrücklich gebeten, den MFP entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zu erstellen, nämlich unter Berücksichtigung der Prioritäten. Abgangsgemeinden können eben nur eine gewisse Anzahl von BZ-Anträgen stellen.

In dem von GV Krieger bereits zitierten „Voranschlagserlass“ des Landes OÖ. heißt es auch, dass Bedarfszuweisungen, die ohne Beachtung dieser Richtlinien des MFP eingebracht werden, bei der weiteren Behandlung bzw. allfälligen Förderungsbemessung nicht berücksichtigt werden.

Wenn diese Vorgangsweise maßgebend ist, wird sie auch Auswirkungen auf den MFP der Gemeinde Ternberg haben. Auf der heutigen Tagesordnung steht auch die Behandlung der BZ-Anträge für 2005. Es stehen hier sieben BZ-Anträge auf der Liste. Im MFP sind im Jahr 2006 elf Vorhaben enthalten, für die es keine bzw. nur eine teilweise Bedeckung gibt. Wenn heuer schon sieben BZ-Anträge gestellt werden, von denen man annehmen kann, dass nicht alle genehmigt werden, kann man sich ausrechnen, was dann passiert, wenn im Oktober 2005 der MFP für 2006 erstellt werden muss. Es wird sich mit Sicherheit nicht der Sinn ergeben, den ein MPF haben soll.

Eine sinnvolle Vorgangsweise wäre, dass man für jedes Jahr eine Prioritätenreihung aufstellt. Aus den von mir angeführten Gründen werde ich daher dem MFP nicht zustimmen .

Ich möchte speziell die Mitglieder des Prüfungsausschusses an die in der Prüfungsausschusssitzung im September besprochene Vorgangsweise erinnern und ersuchen, sich daran zu halten, wenn die festgelegten Maßnahmen ernst gemeint waren.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Laut Vorschriften dürfen BZ-Anträge nicht gestellt werden, wenn die Vorhaben im MFP nicht enthalten sind. Anlässlich der Überprüfung des Voranschlages 2005 durch Herrn Neustifter hat dieser klar zum Ausdruck gebracht, dass alle Vorhaben, die man plant, für die aber keine Finanzierung vorhanden ist, auf die Jahre nach 2005 aufgeteilt werden können. Es mag sein, dass im MFP für 2006 zu viele Projekte vorgesehen sind. Eine Verwirklichung für Projekte gibt es ohnehin nur dann, wenn es dafür eine Finanzierung gibt.

Wortmeldung GR Nagler:

Woraus ist im MFP eine Prioritätenreihung ersichtlich?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die Reihung soll Jahr für Jahr neu festgelegt werden.

Beschlussfassung:

GV Ahrer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den MFP 2005 – 2008 in der Form, wie von ihm vorgetragen, beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; vier Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (Steindler, Nagler, Wiltschko, Wimmer, alle SPÖ); vier Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Hager, Born, (beide SPÖ), Großteßner-Hain, Schörkhuber, (beide BPT).

5. P u n k t

Wassergebührenordnung, Erhöhung der Gebühren per 1.1.2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Das Amt der Landesregierung hat mit dem Voranschlagserlass für das Finanzjahr 2005 die Mindestwasseranschlussgebühr und die Benützungsgebühren bekannt gegeben. In diesem Erlass wurde darauf verwiesen, dass Abgangsgemeinden die Wasserbezugsgebühr so gestalten müssen, dass sie unbedingt 0,15 bis 0,30 Euro über der vorgegebenen Mindestgebühr liegt.

Die Mindestgebühr beim Wasser liegt bei € 1,13 und muss daher in Ternberg mindestens € 1,28 betragen.

Die Marktgemeinde Ternberg ist daher verpflichtet, per 1.1.2005 eine Anpassung der Gebühren wie folgt vorzunehmen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Ternberg vom 14. Dezember 2004, mit der die

WASSERGEBÜHRENORDNUNG

der Marktgemeinde Ternberg

vom 15. Februar 1996, idF der Beschlüsse vom 12.12.1996, 11.12.1997, 17.12.1998, 16.12.1999, 14.12.2000, 13.12.2001, 26.09.2002, 10.12.2002 und vom 04.12.2003 wie folgt **geändert** wird:

I.

Der § 2 Abs. 1 hat zu lauten:

Die Wasserleitungsanschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. 2 **EUR 12,18**, mindestens aber **EUR 1.535,--**.

II.

Der § 2 Abs. 3 hat zu lauten:

Die Wasserleitungsanschlussgebühr für unbebaute Grundstücke beträgt **EUR 1.535,--**.

III.

Der § 3 Abs. 1 hat zu lauten:

Die Eigentümer der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke haben für den **Wasserbezug eine Wassergebühr** zu entrichten. Diese beträgt bei der Messung des Wasserverbrauchs mit Wasserzählern pro m³ **EUR 1,28**.

IV.

Der § 3 Abs. 3 hat zu lauten:

Für die Bereitstellung des Wassers durch die Gemeinde ist von den Eigentümern der an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Liegenschaften eine jährliche Bereitstellungsgebühr im Ausmaß von **EUR 22,53** pro Wohnhaus, Betriebsgebäude und sonstigem Hauptgebäude mit Wasseranschluss zu entrichten (exklusive der jeweiligen Mehrwertsteuer). Die Fälligkeit richtet sich nach § 5 Abs. 3 der geltenden Wassergebührenordnung.

V.

Der § 4 hat zu lauten:

Für den von der Gemeinde beigestellten Wasserzähler ist eine Zählergebühr von monatlich **EUR 1,38** zu entrichten. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke.

VI.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2005 in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Es wird daher vorgeschlagen, die Wassergebührenordnung wie vorstehend angeführt zu beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung GR Hager:

Die Gebührenerhöhung entspricht sicher den Vorgaben des Landes. Ich werde aber trotzdem meine Zustimmung nicht geben, weil ich der Ansicht bin, dass vorher noch einige offene Punkte in der Gemeinde geklärt werden müssen. Es gibt in der Gemeinde Ternberg immer noch Haushalte, die auf Grund früherer Abmachungen nicht an die Wasserleitung angeschlossen sind, obwohl Anschlusspflicht bestünde.

Ein weiterer offener Punkt ist die Trinkwasserverunreinigung im Juni des heurigen Jahres. Die Gemeinde musste € 30.000,- finanzieren, um die Wasserqualität wieder herzustellen, obwohl die eigentlichen Verursacher bekannt sind.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Es ist mir bekannt, dass es noch immer Haushalte gibt, die nicht an die Wasserleitung angeschlossen sind, obwohl dies Pflicht wäre. Ich ersuche GR Hager mit den betroffenen Hausbesitzern Gespräche zu führen, damit diese Anschlüsse getätigt werden.

Die im Sommer aufgetretene Wasserverunreinigung steht in keinem Zusammenhang mit der gegenständlichen Gebührenerhöhung. Zudem ist eine Beschuldigung nicht möglich, wenn keine handfesten Beweise vorliegen.

Beschlussfassung:

GR Rogner Christian stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung der Wassergebührenordnung, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, die Zustimmung zu erteilen bzw. die vorliegende Verordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; drei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Hager, SPÖ, Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT).

6. P u n k t

Kanalgebührenordnung, Erhöhung der Gebühren per 1.1.2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Das Amt der Landesregierung hat mit dem Voranschlagserlass für das Finanzjahr 2005 die Mindestkanalanschlussgebühren und die Benützungsgbühren bekannt gegeben.

Die Kanalbenützungsgbühren wurden bereits bis zum Jahr 2007 festgelegt sind aber in der gegenständlichen Verordnung enthalten.

Die Marktgemeinde Ternberg ist daher verpflichtet, per 1.1.2005 eine Anpassung der Gebühren wie folgt vorzunehmen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Ternberg vom 14. Dezember 2004, mit der die

KANALGEBÜHRENORDNUNG

der Marktgemeinde Ternberg

vom 15. Februar 1996, idF der Beschlüsse vom 12. Dezember 1996, 11. Dezember 1997, 17. Dezember 1998, 16. Dezember 1999, 14. Dezember 2000, 13. März 2001, 13. Dezember 2001, 19. Februar 2002, 10. Dezember 2002, 27. Februar 2003 und vom 4. Dezember 2003 wie folgt **geändert** wird:

I.

Der § 2 Abs. 1 hat zu lauten:

Die Kanalanschlussgebühr beträgt je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. 2 **EUR 17,06**, mindestens aber **EUR 2.558,--**.

II.

Der § 2 Abs. 3 hat zu lauten:

In allen Fällen, in denen für ein Grundstück mehr als eine Einmündungsstelle geschaffen wird, ist für jede weitere Einmündungsstelle an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz ein Zuschlag von **EUR 1.534,80** zur Kanalanschlussgebühr nach Abs. 1 und 2 zu entrichten.

III.

Der § 3 Abs. 1 hat zu lauten:

Die Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke haben eine Kanalbenützungsgebühr zu entrichten. Diese beträgt **EUR 3,02** je m³ bezogener Wassermenge für die an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke; ab 01.01.2006 **EUR 3,26**, ab 01.01.2007 **EUR 3,50**.

Der § 3 Abs. 3 hat zu lauten:

Die **Kanalbenützungsgebühr** für Grundstücke, von denen nur Niederschlagswässer abgeleitet werden, beträgt für je **angefangene 500 m²** Grundfläche mit einer Entwässerung in das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz **EUR 121,29** jährlich.

Der § 3 Abs. 5 hat zu lauten:

Für die Übernahme von Senkgrubeninhalten und Schlamm aus häuslichen Kleinkläranlagen wird eine Benützungsgebühr wie folgt eingehoben:

- a) **Senkgrubeninhalte** **EUR 3,81 pro m³**
- b) **Schlamm aus häuslichen Kleinkläranlagen** **EUR 5,03 pro m³**

IV.

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2005 in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Kanalgebührenordnung wie vorstehend angeführt zu beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung GR Hager:

Ich möchte feststellen, dass es gem. § 17, Abs. 23 und 26 des Abwasserentsorgungskonzeptes noch ungelöste Probleme gibt. In der letzten Umweltausschusssitzung waren zu diesem Thema Spezialisten eingeladen. Die Bürger sollten darauf aufmerksam gemacht werden, bevor teure Senkgruben errichtet werden.

Die Kanalgebührenordnung, speziell die Gebühren für die Übernahme von Senkgrubeninhalten, wurde von drei Ausschüssen beraten. Es ist verwunderlich, dass dieses Thema in diesem Tagesordnungspunkt nicht behandelt wird.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die Errichtung von Senkgruben hat mit der Kanalgebührenordnung eigentlich nichts zu tun. Man ist auf jeden Fall bestrebt, den Kanalbau so rasch wie möglich voranzutreiben.

Die Gebühren für die Übernahme von Senkgrubeninhalten wurden vom Bauausschuss, vom Umweltausschuss und vom Finanzausschuss vorberaten. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Die neuen Maßnahmen sollen eine Erleichterung für jene sein, die die Inhalte in die Senkgrubenübernahmestation bringen müssen. Voraussichtlich sollen die neuen Maßnahmen im April oder Mai 2005 wirksam werden.

Beschlussfassung:

GR Großwindhager Ferdinand stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung der Kanalgebührenordnung, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, die Zustimmung zu erteilen bzw. die vorliegende Verordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; drei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Hager, SPÖ, Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT).

7. P u n k t

Abfallgebührenordnung, Erhöhung der Abfallgebühr per 1.1.2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Müllabfuhrgebühren sollen per 1.1.2005 um die Inflationsrate erhöht werden. Im Voranschlagserlass der Landesregierung wurde bei der Berechnung der Inflation bei Wasser- und Kanalanlagen ein Prozentsatz von 1,12 angewendet. Um diesen Prozentsatz soll auch die Müllabfuhrgebühr erhöht werden. Auf Grund der hohen Treibstoffpreise ist mit einer Preiserhöhung durch die Firma Steiner zu rechnen. Die ARGE Kompost hat ebenfalls angekündigt, dass auf Grund einer vermehrten Beteiligung der Haushalte an der Biomüllsammlung mit einem größeren Traktor die Sammlung vorgenommen werden muss. Es wird daher eine Preisanpassung erfolgen müssen. Bisher war ein Traktor mit 70 PS kalkuliert. Es wird schon länger mit einem 90 PS Traktor gefahren.

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Ternberg vom 14. Dezember 2004, mit der die

***ABFALLGEBÜHRENORDNUNG
der Marktgemeinde Ternberg***

vom 3. November 1998, idF der Beschlüsse vom 14.12.2000, 13.12.2001, 10.12.2002 und vom 04.12.2003 wie folgt **geändert** wird:

I.

Der § 2 hat zu lauten:

(1) Die Abfallgebühr beträgt:

a) je abgeführten Container	mit 1.100 Liter Inhalt	EUR 74,34
	mit 700 Liter Inhalt	EUR 53,00
b) je zusätzlich angekauftem und abgeführtem <u>Abfallsack</u>	mit 60 Liter Inhalt	EUR 1,79

(2) Zusätzlich zu den in Abs. 1 lit. b festgesetzten Gebühren ist eine monatliche Grundgebühr zu entrichten; diese beträgt:

a) für Einpersonenhaushalte	EUR 4,74
b) für Zweipersonenhaushalte	EUR 5,93
c) für Haushalte ab 3 Personen	EUR 6,72
d) für Zweitwohnsitzhaushalte	EUR 4,74
e) für Betriebe	EUR 6,72

II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2005 in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge die Änderung der Müllabfuhrtarife per 1.1.2005 wie vorstehend angeführt beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Vom Bezirksabfallverband sind für 2005 keine Preiserhöhungen zu erwarten. Es ist daher etwas sonderbar, dass die Gemeinde die Gebühren erhöhen muss.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Es ist richtig, dass bei der letzten Bezirksabfallverbandssitzung mitgeteilt wurde, dass die Preise nicht erhöht werden. Es wurde aber auch vorgebracht, dass die Umladestation in Steyr erweitert und weitergeführt werden soll. Der Müll wird derzeit im losen Zustand in Container verfrachtet. Die Kosten für die Erweiterung sind noch nicht bekannt. Vorausschauend ist es vernünftiger die Gebühren jetzt der Inflationsrate anzugleichen. Es braucht dann nicht während des Jahres eine Preiserhöhung beschlossen werden.

Beschlussfassung:

GV Mayr Hermann stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung der Abfallgebührenordnung, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, die Zustimmung zu erteilen bzw. die vorliegende Verordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; zwei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT).

8. P u n k t

Leichenhallengebührenordnung, Änderung der Tarife per 1.1.2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Leichenhallengebührenordnung soll per 1.1.2005 angepasst werden und somit werden die Tarife um 1,12 % (wie im VA-Erlass für Wasser- und Kanalgebühren angeführt) erhöht.

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Ternberg vom 14. Dezember 2004, mit der die

**LEICHENHALLENGEBÜHRENORDNUNG
der Marktgemeinde Ternberg**

vom 9. Februar 1979, in der Fassung der Beschlüsse vom 14.12.1983, 19.02.2002, 27.02.2003 und 04. Dezember 2003, wie folgt **geändert** wird:

Auf Grund des § 16 Abs. 3 Ziffer 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2001, BGBl. Nr. 3/2001, wird verordnet:

I.

Der § 1 Ziffer 1 hat zu lauten:

Für die Benützung der gemeindeeigenen Leichenhalle sind folgende Gebühren zu entrichten:

- a) Für die Aufbahrung einer Leiche bis zu 3 Tagen **EUR 37,52**
für jeden weiteren Tag **EUR 9,40**
- b) für die Aussegnung bzw. Verabschiedung einer Leiche
in der Aussegnungshalle **EUR 9,40**
- c) für die Benützung der Kühlbox pro Tag **EUR 18,81**
- d) für die Einstellung einer Leiche pro Tag **EUR 14,66**

II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2005 in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge die Änderung der Leichenhallengebühren per 01.1.2005, wie vorstehend angeführt, beschließen.“

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GV Gruber Helmut stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung der Leichenhallengebührenordnung, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, die Zustimmung zu erteilen bzw. die vorliegende Verordnung beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; zwei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT).

9. P u n k t

BZ-Anträge 2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Das Amt der Landesregierung hat mit Erlass Gem-310001/1055-2004-Mt, vom 12.11.2004 die Stellung von Bedarfszuweisungsanträgen für das Finanzjahr 2005 geregelt.

Der Finanzausschuss der Marktgemeinde Ternberg war in der Sitzung vom 24.11.2004 mit der BZ-Antragstellung befasst.

Am 25.11.2004 wurde mit Herrn Neustifter von der BH Steyr-Land der Voranschlagsentwurf und die BZ-Antragstellung durch besprochen. Folgende BZ-Anträge sollen gestellt werden:

- 1) Abgangsdeckung für den Fehlbetrag im Ordentlichen Haushalt im Finanzjahr 2004
- 2) Sanierung der Volksschule Trattenbach, Kostenüberschreitung wegen Berichtigung des Vorsteuerabzuges
- 3) Güterwegebau Bergstraße und Schöckhof, Ausfinanzierung

Zusätzlich stellt die Marktgemeinde Ternberg vier weitere Anträge:

- 4) Wildbachverbauung Zufahrt Fahrreit, Steinschlagnetz (Gefahr im Verzug)
- 5) Kanalbau BA 11
- 6) Neubau Güterweg Jochberg
- 7) HS Ternberg, Ankauf von Computern für den Unterricht

Den Ankauf eines Notstromaggregates für die FF. Ternberg spricht der Bürgermeister persönlich bei einer Vorsprache bei Herrn LR Stockinger an.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge die Einreichung der vor angeführten BZ-Anträge für das Finanzjahr 2005 grundsätzlich beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Zu Punkt 3) „Güterwegbau Bergstraße und Schöckhof, Ausfinanzierung“ wurde vom Amtsleiter mitgeteilt, dass höhere Kosten entstanden sind, als angenommen wurde. Worauf ist diese Kostenerhöhung zurückzuführen?

Was passiert, wenn die BZ-Mittel für den Kanalbau BA 11 nicht gewährt werden? Für den BA 11 wurden bereits Planungen vorgenommen. Muss dann der Kanalbau eingestellt werden?

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Bezüglich Kanalbau ist heuer im Frühjahr mit der Gemeindeabteilung des Landes OÖ. bzw. der Gemeindeabteilung mit der UA. Wasserbau eine Absprache erfolgt. Demnach ist bis zum Jahr 2010 der Kanalbau fertig zu stellen. Dafür stehen Gesamtbaukosten von ca. € 3,5 Mio. bis 4 Mio. an. Für den BA 11 betragen die Schätzkosten ca. € 1,840.000,--. Abzüglich aller Förderungen verbleiben der Gemeinde 10 % von den Gesamtkosten. Es soll zumindest versucht werden, davon 5 % durch BZ-Mittel abzudecken. Ob eine Genehmigung erfolgt, ist abzuwarten. Wenn der Antrag abgelehnt wird, ist der Betrag mit nicht geförderten Darlehen zu bedecken.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die Verteuerung der Kosten für den Güterwegbau dürfte darauf zurückzuführen sein, dass der Zustand der Bergstraße zu den „Fachberg-Häusern“ sehr schlecht war und gleich mitgebaut wurde. Beim Güterweg Schöckhof hat die Anschüttung keine Mehrkosten verursacht, weil das Material von einer Baustelle in Dambach verwendet wurde.

Beschlussfassung:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die Einreichung der vor angeführten BZ-Anträge für das Finanzjahr 2005 grundsätzlich beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

10. Punkt

Prüfbericht zur Prüfungsausschusssitzung vom 04.11.2004.

Bürgermeister Buchberger berichtet, dass der Prüfungsausschuss am 04.11.2004 wieder eine Gebarungsprüfung durchgeführt hat. Der Bürgermeister ersucht nun den Obmann des Prüfungsausschusses, Herrn GR Nagler Wilhelm, um den Bericht.

GR Nagler bringt den Prüfungsbericht des Prüfungsausschusses vom 04.11.2004 dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis.

Beratung:

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Das Freibad stellt leider einen wesentlichen Abgangsposten im Budget dar. Der Zustand des Bades ist leider schon sehr schlecht. Eine Generalsanierung wird unumgänglich werden. Die Kosten für eine genaue Planung, die Voraussetzung für die Sanierung ist, müssen von der Gemeinde aufgebracht werden.

Der zweite Beach-Volleyballplatz soll parallel zum ersten Platz errichtet werden. Dazu ist es notwendig, dass der erste Platz etwas verschoben wird, und zwar Richtung Enns oder Richtung Straße. Wenn die Plätze so angelegt werden, muss kein zusätzlicher Grund von der EKW, außerhalb des Freibades, beansprucht werden. Der neue Platz soll aber auf keinen Fall in Richtung Liegewiese gebaut werden.

Beschlussfassung:

GR Ing. Derfler Franz stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfungsbericht vom 04.11.2004, wie von GR Nagler vorgetragen, beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

Beilage: Prüfungsbericht vom 04.11.2004.

11. Punkt

Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen, Instandsetzungsmaßnahmen 2005.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Der Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen hat mit Schreiben vom 14.10.2004 mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, im Jahr 2005 die Zufahrt Bauernwend vom Güterweg Trattenbach und die Zufahrt Lichtl vom Güterweg Baumeseck in das Instandsetzungsprogramm aufzunehmen.

Die Kosten für die Zufahrt Bauernwend werden mit € 30.000,00 und für die Zufahrt Lichtl mit € 22.000,00 geschätzt. Der Gemeindebeitrag wird mit 50 % festgesetzt, so dass für die Zufahrt Bauernwend € 15.000,00 und für die Zufahrt Lichtl € 11.000,00, insgesamt also € 26.000,00, aufgewendet werden müssen.

Der Gemeindebeitrag sollte über BZ Mittel finanziert werden. Damit der Wegeerhaltungsverband den Antrag auf BZ Mittel stellen kann, wurde mit Schreiben vom 18. Oktober 2004 dem Wegeerhaltungsverband mitgeteilt, dass für die Gemeinde Ternberg für die Sanierung der beiden Wegstrecken unbedingt über BZ Mittel erfolgen muss.

Der Gemeinderat sollte nun die Notwendigkeit der Instandsetzung beschließen.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge der Aufnahme beider Güterwegstrecken in das Instandsetzungsprogramm 2005 beschließen. Die Finanzierung des Gemeindebeitrages soll über BZ Mittel abgewickelt werden.“

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GR Pörnbacher Josef stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die Aufnahme der Güterwegstrecken Zufahrt Bauernwend und Zufahrt Licht in das Instandsetzungsprogramm 2005 des Wegeerhaltungsverbandes Eisenwurzen, so wie vom Bürgermeister vorgetragen, beschließen. Die Finanzierung des Gemeindebeitrages soll über BZ-Mittel abgewickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

1 2 . P u n k t

Zählerstandsablesung der Wasseruhren – Umstellung auf eine jährliche Ablesung.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Antrag zur Verringerung des Arbeitsaufwandes in der Gemeindebuchhaltung betreffend Ablesung und Vorschreibung der Wasserbezugs- und Kanalbenützungsgebühren.

Die Vorschreibung der Wasserbezugs- und Kanalbenützungsgebühren erfolgte bisher in vierteljährlichen Abständen. Dazu war es notwendig, die Zählerablesekarten auszusenden, die abgelesenen Zählerstände entgegenzunehmen und schließlich jede Meldung in der EDV zu erfassen.

Von den angeschlossenen Haushalten befinden sich 410 eingebaute Zähler im Haus. Ca. 60 Haushalte verfügen über einen Internetanschluss. Diese Karten werden aussortiert und die Aufforderung zur Ablesung erfolgt per E-Mail.

Die restlichen 350 Haushalte werden mittels Ablesekarte zur Zählerstandsmeldung aufgefordert.

Die Ablesekarten werden kuvertiert und versendet.

Arbeitsaufwand für Aussortieren E-Mail , Kuvertierung und Versand.....ca. 6 Std.

Portogebühren je Aussendung ca. 190,-- €.

Entgegennahme der Zählerstandsmeldungen, Eintrag in Ableseliste
und Sortierung der Karten nach Steuernummernca. 6 Std.

Erfassen der Stände in der EDV (Steuer-Nr., Abgabe, lfd.Nr.

Verbrauch bis Monat, Stand neu).....ca. 6 Std.

135 Zähler sind in Schächten eingebaut. Diese werden vom Wasserwart Aigner Reinhold mit einer weiteren Person des Bauhofes abgelesen.

Laut Wasserwart Aigner sind dafür 2 Tage à 8 Stunden je Person notwendig. ca. 32 Std. Erfassen der Stände in der EDV (Steuer-Nr., Abgabe, lfd.Nr.

Verbrauch bis Monat, Stand neu)ca. 2 Std.

Bei jährlicher Zählerablesung gibt es die Möglichkeit, eine Vierteljahres-Pauschale auf Grund der zuletzt eingegebenen Zählerstände als Akontozahlung vorzuschreiben. Die Akontozahlung wird bei Eingabe eines Zählerstandes unterbrochen, die Zahlungen mit dem tatsächlichen Verbrauch abgerechnet und sogleich der neue Akontobetrag für die weiteren Vorschreibungen festgelegt.

Eine Ablesung sollte im April (für Vorschreibung 15. Mai) erfolgen, da im ersten Quartal diverse Arbeiten zum Rechnungsabschluss zu erledigen sind.

Es wird vorgeschlagen, auf Grund der Verminderung des Zeit- u. Sachaufwandes, eine jährliche Zählerstandsmeldung zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge eine einmalige, jährliche Zählerablesung im April jeden Jahres beschließen.

Auf Grund dieser Ablesung wird der Vorjahresverbrauch an Wasser abgerechnet. In den darauf folgenden drei Quartalen wird eine Akontozahlung der Wasserbezugs- und der Kanalbenutzungsgebühr erfolgen.“

Beratung:

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Von der SPÖ-Fraktion wurde eingehend über diesen Vorschlag beraten und man kam zu der Ansicht, dass bei einer jährlichen Wasserablesung bei Defekten an der Wasserleitung der Mehrverbrauch erst nach einem Jahr festgestellt werden kann. Kann dieser Mangel durch die neue Steuerung, die eingebaut werden soll, behoben werden?

Ein weiteres Problem dürfte in den Häusern das Rückschlagventil bei den Boilern sein.

Die SPÖ-Fraktion schlägt daher zumindest eine halbjährliche Zählerablesung vor.

Wortmeldung GR Hager:

Ich schließe mich den Ausführungen von Vize-Bgmst. Steindler an. Ich bin absolut für eine Verwaltungsvereinfachung. Es gibt aber sicher technische Möglichkeiten, die 1/4jährliche Zählerablesung in vereinfachter Form weiter zu betreiben.

Bei einer jährlichen Ablesung besteht die Gefahr, dass der Wasserverlust bei einem technischen Gebrechen viel größer wird, weil er nur einmal jährlich festgestellt werden kann. Dies stimmt eigentlich mit den Absichten des Wasserverbandes nicht überein, wo man darauf Bedacht ist, den Wasserverlust entgegenzuwirken. Mit unserem höchsten Gut, dem Wasser, sollte man ganz behutsam umgehen.

Aus diesen Gründen stelle ich daher einen Gegenantrag (siehe Beschlussfassung).

Man sollte sich gemeinsam bemühen, eine Lösung zu finden, dass man drohende Wasserverluste oder technische Gebrechen mit einem kurzen Leseintervall überwacht und gleichzeitig die Verwaltung entlastet. Eine Arbeitsvereinfachung wäre z.B. die Möglichkeit, Zählerstandsmeldungen per E-Mail mehr zu nutzen.

Wortmeldung GR Großeßner-Hain Josef:

Es müsste eigentlich technische Überwachungseinrichtungen geben, mit denen ein eventueller Wasserverlust festgestellt werden kann. Weiters besteht die Möglichkeit, im privaten Bereich selbst Kontrollen vorzunehmen. Es wäre sicher angebracht, wenn sich die Ausschüsse vor Beschlussfassung noch einmal mit der Materie auseinandersetzen würden.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Zum Thema Kontrollsystem möchte ich darauf hinweisen, dass vom GWV Mittleres Ennstal derzeit ein Steuer- und Überwachungssystem eingebaut wird und im Jänner oder Februar 2005 in Betrieb genommen werden wird. Somit können Wasserverluste leichter festgestellt werden. Eine Selbstkontrolle der Wasserverbraucher ist nach wie vor möglich. Die Zähler, die sich in den Häusern befinden, können jederzeit abgelesen werden. Ein Problem sind sicher die Schächte, weil die Hausbesitzer nicht dazu können. Es ist aber beabsichtigt, diese Hausanschlüsse neu herzustellen und die Zähler in den Häusern zu montieren, wenn es technisch möglich ist. Eine Beschlussfassung vom Gemeinderat ist bereits erfolgt.

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Der Wasserverlust bei den Hausanschlüssen, der nur in ganz geringen Mengen auftritt, wird auch mit dem neuen Steuer- und Überwachungssystem nicht erkennbar sein. Aufzeigen möchte ich, dass es auch bei der 1/4-jährlichen Zählerablesung Fälle mit größeren Wasserverlusten gegeben hat, z.B. im Ortszentrum sogar mit über 1.500 m³.

Man sollte jetzt abwägen, einerseits, welche Einsparungen ein größeres Ableseintervall bringt, und andererseits, dass bei gravierenden Wasserverlusten der Gemeindevorstand noch immer die Möglichkeit hat, mehr Nachlass als der üblichen 50 % zu gewähren.

Von den Gemeindeprüfern wurden auch Einsparungsmaßnahmen in der Verwaltung gefordert. Dies wäre nun eine Form der Arbeitserleichterung bzw. Einsparungsmöglichkeit.

Auf dem Markt gibt es zwar auch schon technische Einrichtungen, mit denen man über Funk eine ganze Straße ablesen kann. Auf diese Art wäre eine vierteljährliche Ablesung sicher kein verwaltungstechnisches Problem, aber dafür ein finanzielles, weil die Kosten für diese Geräte natürlich noch sehr hoch sind.

Ich würde daher vorschlagen, die jährliche Ablesung zumindest versuchsweise einzuführen und damit auch den Vorgaben der Landesprüfer auf Einsparungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich nachzukommen.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die jährliche Ablesung wird in den meisten Gemeinden praktiziert.

Wortmeldung GR Wimmer Karl Heinz:

Was muss ein Hausbesitzer tun, damit die Wasseruhr vom Schacht in das Haus verlegt wird? Bei meinem Haus wäre dies technisch einwandfrei möglich gewesen. Mir wurde aber der Schacht vorgeschrieben.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die Änderung des Ablesezeitraumes wird im Mitteilungsblatt veröffentlicht. Ebenso werden die Hausbesitzer im Mitteilungsblatt über die Möglichkeit, den Zähler vom Schacht in das Haus zu verlegen, informiert und ersucht, sich beim Gemeindeamt zu melden.

Beschlussfassung:

Hauptantrag:

*GR Großtesner Johann stellt den Antrag, der Gemeinderat möge eine jährliche Zählerable-
sung im April jeden Jahres beschließen.
Auf Grund dieser Ablesung wird der Vorjahresverbrauch an Wasser abgerechnet. In den
darauf folgenden drei Quartalen wird eine Akontozahlung der Wasserbezugs- und der Ka-
nalbenützungsgebühr erfolgen.*

Gegenantrag:

*GR Hager stellt den Gegenantrag, der Gemeinderat möge beschließen, diesen Tagesord-
nungspunkt an den Bauausschuss und an den Umweltausschuss zur Behandlung zurück-
zuweisen. Es soll eine Möglichkeit gefunden werden, wie man die Schächte in die Häuser
verlegen kann, die sich derzeit noch im Freien befinden.
Trotz einem gleich bleibenden Ableseintervall soll eine Möglichkeit gefunden werden, die
Gemeindeverwaltung zu entlasten.*

Abstimmungsergebnis:

Gegenantrag:

*Über den Antrag wird durch Handerheben abgestimmt:
Sieben Gemeinderäte stimmen für den Antrag (Steindler, Krieger, Hager, Born, Wiltschko,
Eibenberger, Gierer, alle SPÖ);
vierzehn Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (13 ÖVP, 1 FPÖ);
vier Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Nagler, Wimmer, beide SPÖ, Großteßner-
Hain, Schörkhuber, beide BPT.
Der Antrag wird also mit 18 Stimmen abgelehnt.*

Hauptantrag:

*Über den Antrag wird durch Handerheben abgestimmt:
achtzehn Gemeinderäte stimmen für den Antrag (13 ÖVP, 2 BPT, 2 SPÖ: Wimmer, Nagler,
1 FPÖ);
zwei Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (Steindler, Born, beide SPÖ);
fünf Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Hager, Wiltschko, Eibenberger, Gierer,
Krieger, alle SPÖ).
Der Antrag wird also mit 18 Stimmen angenommen.*

13. P u n k t

***Bebauungsplanänderung Nr. 38.1 „Hiesberger-Styria“, Beschlussfassung gemäß § 33 Oö
ROG 1994.***

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Gemeinnützige Steyrer Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft STYRIA, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3, hat um die Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Hiesberger-Styria“ angesucht.

Die STYRIA beabsichtigt die Errichtung von 44 Wohneinheiten inklusive einer Wohnoffensive (für behinderte Menschen). Insgesamt entstehen 4 Wohnhäuser mit 8 Stiegenhäusern in voraussichtlich 3 Bauetappen.

Die Änderung des Bebauungsplanes ist einerseits durch die restriktiven Vorgaben bezüglich Behindertenwohnungen erforderlich, andererseits ist eine höhere Bebauungsdichte für eine wirtschaftliche Umsetzung des Projekts zwingend notwendig.

In der Bauausschusssitzung am 16.03.2004 wurde das Ansuchen positiv beraten.

Die Einleitung des Verfahrens beschloss der Gemeinderat in der Sitzung am 23.03.2004.

Nach Erstellung eines Planentwurfes durch den Ortsplaner wurde mit Verständigung vom 21.06.2004 das Vorverfahren gemäß den Bestimmungen des ROG 1994 eingeleitet.

In diesem Vorverfahren wurden **keine Einwände** vorgebracht. Die Wildbach- und Lawinerverbauung verlangte lediglich, dass zu den bereits bestehenden Auflagen zusätzlich die Bestimmung aufgenommen wird, dass die Einfahrt in die Tiefgaragen im Einvernehmen mit der WLV höhenmäßig so anzulegen ist, dass allfällige Überflutungen nicht in die Tiefgarage eindringen können.

Die öffentliche Planaufgabe gemäß § 33 Abs. 3 Oö. ROG 1994 erfolgte in der Zeit vom 19.08.2004 bis einschließlich 16.09.2004.

Während der Planaufgabe wurden ebenfalls **keine Einwände** vorgebracht.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Änderungsplan Nr. 38.1 zum Bebauungsplan Nr. 38 „Hiesberger-Styria“ in der vorliegenden Form beschließen.“

Beratung:

Wortmeldung GR Nagler:

Wann ist der Baubeginn des ersten Projektes vorgesehen?

Werden Eigentums-, Mietkauf- oder Mietwohnungen errichtet?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Wunsch auf Errichtung von Mietkaufwohnungen wurde an die Styria herangetragen. Es sind insgesamt 3 Objekte geplant. In der ersten Bauetappe werden davon zwei Häuser mit 21 Wohneinheiten errichtet.

Es ist vorgesehen, dass 2005 mit dem Bau begonnen wird. Laut Aussage von LR Dr. Kepplinger wird dieser Termin genehmigt werden. Eine fixe Zusage dafür gibt es aber noch nicht. Für den Baubeginn des Betreuten Wohnens gibt es aber schon eine konkrete Zusage.

Beschlussfassung:

GR Großwindhager Ferdinand stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Änderungsplan Nr. 38.1 zum Bebauungsplan Nr. 38 „Hiesberger-Styria“ in der vorliegenden Form beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

14. Punkt

Nahwärmeheizwerk, Abschluss eines Pachtvertrages zwischen der Bioenergie Ternberg und der Marktgemeinde Ternberg betreffend das Grundstück Nr. 1449/1, KG Ternberg.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Bioenergie Ternberg, vertreten durch Herrn Infanger Friedrich, beabsichtigt, auf dem Grundstück Nr. 1449/1, KG Ternberg, ein Nahwärmeheizwerk zu errichten.

Das Grundstück befindet sich im Besitz der Marktgemeinde Ternberg und ist dafür ein entsprechender Pachtvertrag betreffend Bau dieser Anlage und Betrieb derselben abzuschließen.

P A C H T V E R T R A G

Abgeschlossen zwischen der **Marktgemeinde Ternberg**, vertreten durch den Bürgermeister, im Folgenden Verpächter genannt, und der **Bioenergie Ternberg**, vertreten durch Herrn Infanger Friedrich, Ternberg, Grünburger Straße 105, im Folgenden Pächter genannt, wie folgt:

I. Vertragsgegenstand

1. Der Verpächter ist Eigentümer des Grundstückes Nr. 1449/1, EZ 164, KG Ternberg. Gegenstand dieses Pachtvertrages ist eine Teilfläche von m² aus dem Grundstück 1449/1, EZ 164, KG Ternberg, laut beiliegendem Lageplan des Zivilgeometers Friedrich Mayrhofer, Steyr, Stadtplatz 34, vom, Zl. Der Lageplan bildet einen integrierten Bestandteil dieses Vertrages. Auf der Pachtfläche soll ein Nahwärmeheizwerk errichtet werden.
2. Das Grundstück ist im Flächenwidmungsplan mit der Widmung M bzw. F ausgewiesen.
3. Der Verpächter verpachtet hiermit an die Pächterin die vorbeschriebene landwirtschaftliche Grundstücksfläche zu den in diesem Vertrag beschriebenen Bedingungen und Gegenleistungen. Die Pächterin erklärt Vertragsannahme.
4. Beide Vertragsparteien erklären ausdrücklich, die Lage des Pachtgrundstückes und deren Grenzen in der Natur zu kennen.

II. Beginn und Dauer

1. Das Mietverhältnis beginnt mit 01.04.2005 und wird auf 30 Jahre abgeschlossen.
2. Beide Vertragspartner haben das Recht, diesen Pachtvertrag unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist halbjährlich aufzukündigen und zwar in der Form, dass die Kündigung jeweils zum 30.6. bzw. zum 31.12. eines Jahres mittels eingeschriebenen Brief auszusprechen ist. Der Verpächter erklärt, dass er von der ihm zustehenden Kündigungsmöglichkeit innerhalb der ersten fünfzehn Jahre der Pachtdauer, das ist bis 31.03.2020, keinen Gebrauch macht.

Der Verpächter ist allerdings berechtigt, diesen Pachtvertrag mit sofortiger Wirkung mittels eingeschriebenen Briefes aufzulösen,

- a) wenn der Pächter das Nahwärmeheizwerk nicht errichtet oder nach Errichtung den Betrieb einstellt,
- b) wenn der Pächter das Pachtgrundstück nicht zu dem vertraglich ausbedungenen Zweck verwendet,
- c) oder wenn der Pächter einen sonstigen nachteiligen Gebrauch vom Pachtgrundstück macht,
- d) wenn die Eröffnung eines Konkurs- Ausgleichs- oder Vorverfahrens über das Vermögen der Pächterin, sowie Abweisung eines Konkursantrages mangels kostendeckenden Vermögens erfolgt,
- e) wenn ein vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verstoß gegen eine Bestimmung dieses Vertrages, wenn der vertragswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung nicht innerhalb angemessener Nachfrist behoben wird,
- f) wenn die Pächterin mit der Zahlung des Pachtentgeltes oder einer Pachtzinsrate länger als zwei Monate in Verzug ist.

III. Benützung und Untervermietung

1. Der Pächter pachtet das Pachtgrundstück ausschließlich zum Zwecke der Errichtung und den Betrieb eines Nahwärmeheizwerkes. Der Verpächter erklärt ausdrücklich, keine Zustimmung zu irgendeiner anderen Verwendung zu erteilen.
2. Dem Pächter ist es nicht gestattet, ohne ausdrückliche Zustimmung des Verpächters den Vertragsgegenstand entgeltlich oder unentgeltlich, ganz oder teilweise dritten Personen zu überlassen.
3. Der Verpächter erteilt ausdrücklich seine Zustimmung zur Errichtung, zum Betrieb, sowie gegebenenfalls zur Erneuerung und zum Umbau von den dafür notwendigen Gebäuden und baulichen Anlagen als Superädifikate im Sinne des § 435 ABGB. Für sämtliche behördliche Bewilligungen hat die Pächterin selbst Sorge zu tragen. Die Pächterin verpflichtet sich auch dem Pächter gegenüber, nur solche Baulichkeiten aufzustellen und solche Unternehmenszweige zu betreiben, die behördlich uneingeschränkt bewilligt sind. Die Verletzung dieser Vorschrift wird einvernehmlich als vorzeitiger Auflösungsgrund vereinbart.
4. Der Verpächter erwirbt an den vom Pächter errichteten Bauwerken und eingebrachten Gegenständen keinerlei Eigentum. Ausdrücklich wird festgehalten, dass die gesamte Anlage nicht in der Absicht errichtet wird, dass sie dauernd auf der Liegenschaft verbleiben soll. Vielmehr ist sie bloß für einen vorübergehenden Zweck bestimmt und sie wird somit nicht Zugehör der Liegenschaft, sondern bleibt im Eigentum des Pächters.
5. Der Verpächter als Liegenschaftseigentümer erteilt hiermit ausdrücklich seine Zustimmung, dass gegenständliche Superädifikatsvereinbarung im A2-Blatt der EZ, KG Ternberg, ersichtlich gemacht und in die Superädifikatskartei eingetragen werden kann.

Der auf das Pachtgrundstück entfallende Jagdpachteuro fließt dem Verpächter zu.

IV. Pachtzins

1. Der jährliche Pachtzins in Höhe von EUR 544,- zuzüglich der auf den Pachtzins entfallende gesetzliche Umsatzsteuer ist jährlich am 31. Juli eines jeden Jahres zu entrichten.

Der Pachtzins ist bar und abzugsfrei an den Verpächter zu bezahlen.

In den Jahren 2005 bis 2019 wird der Pachtzins mit der Anschlussgebühr für das Amtshaus Ternberg, Kirchenplatz 12, gegen verrechnet. Es erfolgt eine gegenseitige Vorschreibung.

2. Der Pachtzins ist nach dem Verbraucherpreisindex 2000 wertgesichert. Als Basis wird der Stand März 2005 festgesetzt. Erhöhungen unter 5 % bleiben unberücksichtigt.

V. Realsteuern

Die auf das Pachtobjekt entfallenden Realsteuern und öffentlichen Abgaben, insbesondere die anteilige Grundsteuer wird von der Pächterin getragen. Diese ist von der Pächterin innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe durch den Verpächter letzterem zu ersetzen.

VI. Rechte und Pflichten der Vertragsteile

1. Der Verpächter räumt dem Pächter das Recht für die Errichtung und den Betrieb eines Nahwärmeheizwerkes ein. Weiters wird der Errichtung des Wärmeverteilungsnetzes grundsätzlich zugestimmt.
2. Für die Errichtung des Wärmeverteilungsnetzes ist bei der Verlegung der Leitungen im öffentlichen Gut ein eigener Gestattungsvertrag abzuschließen.
3. Der Pächter haftet für jeden Schaden, der dem Verpächter durch die Errichtung und den Betrieb des Fernheizwerkes und des Wärmeverteilungsnetzes entsteht.

VII. Anschlussgebühren

1. Für das zu errichtende Gebäude sind die Mindestwasseranschlussgebühr, die Mindestkanalanschlussgebühr (für m²) und der Verkehrsflächenbeitrag zu entrichten.
2. Die Herstellung der Anschlüsse für Wasser und Kanal erfolgt durch den Verpächter. Die Zufahrtsstraße wird dem Gelände angepasst. Die Kostentragung erfolgt durch die Marktgemeinde Ternberg.

VIII. Vertragsänderungen

1. Jede Änderung dieses Pachtvertrages bedarf zur Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dieser Pachtvertrag wird in zweifacher Ausfertigung errichtet, wobei jede Vertragspartei eine Ausfertigung erhält.
2. Allfällige aus früherer Zeit noch bestehende, den Gegenstand des Pachtvertrages betreffende mündliche oder schriftliche Vereinbarungen werden durch diesen Vertrag aufgehoben.

IX. Kosten und Gebühren

Die mit der Errichtung dieses Vertrages auflaufenden Gebühren und Kosten trägt der Pächter zur Gänze.

Der Pächter hat die mit der Errichtung dieses Vertrages verbundenen Rechtsgebühr selber zu berechnen und bis zum 15. Tag des dem Entstehen der Gebührenschuld zweitfolgenden Monats an das Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern in 4041 Linz, Kaarstraße 21, zu entrichten.

Weiters nehmen beide Parteien zur Kenntnis, dass dieser Pachtvertrag innerhalb eines Monats nach Unterschrift

a) der Bezirksgrundverkehrskommission zwecks Genehmigung bzw. Anzeige und gleichzeitig auch

b) der Sozialversicherungsanstalt der Bauern in 4010 Linz, Postfach 99, vorzulegen bzw. zu melden ist.

X. Anfechtungsausschuss, Schriftlichkeitserfordernis

Die Vertragsparteien halten fest, dass die vertraglich festgelegten Leistungen jeweils in einem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Beide Vertragsteile verzichten ausdrücklich darauf, dieses Rechtsgeschäft auf Grund von Willensmängel oder sonstigen Gründen anzufechten.

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages sollen nach dem Willen der Parteien nur dann Rechtswirksamkeit erlangen, wenn sie in Schriftform abgefasst und von allen Parteien unterfertigt werden.

Soweit dieser Vertrag keine ausdrückliche Regelung enthält, gelten die gesetzlichen Bestimmungen des ABGB.

XI.

Die Vertragsparteien erklären an Eides statt, dass sie österreichische Staatsbürger bzw. Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Deviseninländer mit dem ordentlichen Wohn- bzw. Firmensitz im Inland sind, gemäß den Begriffsbestimmungen des Devisengesetzes.

XII.

Obiger Pachtvertrag wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am 2004, TOP .., beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Pachtvertrag beschließen.“

Anmerkung:

Der Pachtvertrag wird vom Bürgermeister nicht vorgelesen, nachdem der Inhalt des Vertrages den Fraktionen bekannt ist.

Beratung:

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Vom Gemeinderat wäre ein Grundsatzbeschluss zu fassen, dass der Verpachtung des Grundstückes an die Bioenergie für die Errichtung eines Nahwärmeheizwerkes zugestimmt wird.

Wortmeldung GV Krieger Hugo:

GV Krieger stellt einen Zusatz- bzw. Abänderungsantrag (Text siehe Beschlussfassung).

Wortmeldung GR Pörnbacher Josef:

Mein Antrag hat nicht gelaftet, dass der Gemeinderat die Verpachtung beschließen soll, sondern nur einen Grundsatzbeschluss fassen möge.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Bürgermeister ersucht GR Pörnbacher, seinen Antrag zu wiederholen.

GR Pörnbacher stellt einen neuen Antrag (Text siehe Beschlussfassung).

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Dieser Antrag sagt eindeutig aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages erst nach Abschluss der Vermessung stattfinden soll.

Die Bioenergie hat noch keinen Verein bzw. Organisation gegründet, dies ist aber Voraussetzung für den Abschluss des Pachtvertrages. Andererseits kann sie keinen Verein gründen, wenn nicht feststeht, dass der Grund von der Gemeinde verpachtet wird. Der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zur Verpachtung ist demnach Voraussetzung für die Setzung der weiteren nötigen Schritte.

Erst nach der Vermessung soll der Pachtvertrag definitiv vom Gemeinderat beschlossen werden.

Wortmeldung GR Großeßner-Hain Josef:

Ich sehe den Zusatzantrag von GV Krieger durchaus positiv, weil er an Bedingungen geknüpft ist. Ein wesentlicher Aspekt des Projektes ist natürlich die Wirtschaftlichkeit. Grundsätzlich hat jedes Heizsystem seine Daseinsberechtigung. Es ist auch der Umweltaspekt genau anzusehen und Anraineranliegen sind zu berücksichtigen. Die ganze Materie bedarf eines sensiblen Umganges. Aus diesen Gründen schließt sich die BPT dem gestellten Gegenantrag von GV Krieger an.

Wortmeldung GR Nagler Wilhelm:

Der Text des Tagesordnungspunktes lautet: „Abschluss eines Pachtvertrages“. Hier dürfte es sich vermutlich um einen Irrtum handeln. Die Fassung eines Grundsatzbeschlusses bzw. einer Willenserklärung bedeutet, dass man gewillt ist, eine Lösung zu finden. Das heißt, dass die Bioenergie darauf hoffen kann, dass das Grundstück zur Verfügung gestellt wird. Ich bin aber der Ansicht, dass Bedingungen, wie sie im Zusatzantrag von GV Krieger angeführt sind, unbedingt berücksichtigt werden müssen.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Ich stelle fest, dass eigentlich beide Antragsteller das gleiche Ziel haben. Die ÖVP-Fraktion will eine fixe Zusage zur Verpachtung geben und den eigentlichen Pachtvertrag später beschließen.

Der Antrag der SPÖ-Fraktion beinhaltet eine Willenserklärung zur Verpachtung.

Wortmeldung GR Ing. Derfler:

Die Bioenergie ist ohne fixe Zusage zur Verpachtung nicht in der Lage, weitere Schritte zu unternehmen.

Wortmeldung GR Pörnbacher:

Wenn die Betreibergemeinschaft die Zusage zur Grundverpachtung nicht hat, dann kann sie auch keine Rechtsform gründen, denn dies erfordert einen finanziellen Aufwand.

Wortmeldung GV Mayr:

Es ist ja auch nicht möglich, die Wirtschaftlichkeit zu kalkulieren, wenn es für die Anlage keinen Standort gibt?

Wortmeldung GR Eibenberger:

Im Pachtvertrag ist auch festgehalten, dass das Amtshaus an die Heizanlage angeschlossen werden soll und die Heizkosten mit dem Pachtzins gegen verrechnet werden. Wurde von Seiten der Gemeinde eine Prüfung vorgenommen, ob die Heizung überhaupt wirtschaftlich ist?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Vom Gemeinderat soll heute nur ein Grundsatzbeschluss zur Verpachtung gefasst werden. Der Anschluss des Amtshauses an die Heizung wird heute nicht mit beschlossen. Der vorliegende Pachtvertrag ist eigentlich nur als Mustervertrag zu sehen.

Wortmeldung GR Nagler:

Maßgebend für die Diskussion ist trotzdem der vorliegende Pachtvertrag. Für eine Willenserklärung bzw. Grundsatzbeschlussfassung sind eigentlich alle Gemeinderäte. Nur der Inhalt des Pachtvertrages ist aus den bereits genannten Gründen nicht akzeptabel. Im Vertrag ist auch nicht geklärt, was mit dem Gebäude nach Ablauf des Pachtvertrages nach 30 Jahren passiert. Üblicher Weise können Verträge nur beschlossen werden, wenn alle Details abgeklärt sind.

Wortmeldung GV Krieger:

Ich bin der Ansicht, dass auch die Rechtsform der Vertragspartner bei Vertragsabschluss klar sein muss. Ob jetzt eine Willenserklärung abgegeben wird oder ein Grundsatzbeschluss gefasst wird, ist eigentlich nicht maßgebend, weil beide das Gleiche beinhalten. Die SPÖ-Fraktion möchte, dass eben gewisse Punkte abgeklärt werden, bevor der Vertrag beschlossen wird.

Wortmeldung GV Ahrer:

Der heutige Beschluss kann nur ein Grundsatzbeschluss sein, weil eben die Rechtsform noch nicht bekannt ist. Verbesserungsvorschläge können in den Vertrag noch eingearbeitet werden.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Aus der Diskussion ist zu entnehmen, dass alle Gemeinderäte gewillt sind, den Grund an die Bioenergie zu verpachten. Der Inhalt des vorliegenden Pachtvertrages soll aber noch überarbeitet werden.

Ich schlage daher vor, dass der Gemeinderat heute einen Beschluss fasst, dass er grundsätzlich mit der Verpachtung einverstanden ist.

GR Pörnbacher zieht seine beiden Anträge (Hauptantrag und Änderungsantrag) zurück.

GV Krieger zieht seinen Zusatz- bzw. Änderungsantrag zurück.

Der Bürgermeister stellt einen neuen Antrag (Text siehe Beschlussfassung).

Beschlussfassung:

GR Pörnbacher Josef stellt den Antrag, der Gemeinderat möge einen Grundsatzbeschluss für einen Pachtvertrag zwischen der Marktgemeinde Ternberg und der Bioenergie fassen. Grundsatzbeschluss deshalb, weil die Betreibergemeinschaft noch keine Rechtsform hat, bzw. der genaue Grundbedarf für die Anlage noch nicht eruiert ist.

GV Krieger stellt folgenden Zusatz- bzw. Abänderungsantrag:

Die SPÖ-Fraktion hat sich in mehreren Richtungen über die Nutzung von Biomasse informiert und spricht sich grundsätzlich für eine solche Nutzung auch in unserer Gemeinde aus.

Weil aber für die SPÖ-Fraktion der zur Beschlussfassung vorliegende Pachtvertrag teils unvollständig und teils noch unklar ist, stellen wir den Zusatz- bzw. Änderungsantrag, vorerst nur eine Willenserklärung gegenüber dem Betreiber „Bioenergie Ternberg“ abzugeben, das vorgesehene Grundstück Nr. 1449/1, KG Ternberg, für eine Verpachtung zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag begründet sich in folgenden Punkten:

- a) der Anschluss des Amtshauses in Ternberg ist abhängig von einer noch vorzulegenden Wirtschaftlichkeitsrechnung seitens des Betreibers;*
- b) die Gesellschaftsform der Bioenergie Ternberg muss vor dem Vertragsabschluss klar gestellt und festgelegt sein;*
- c) im Vertrag muss geregelt sein, was nach Ablauf des Miet- bzw. Pachtverhältnisses mit dem Gebäude bzw. der Anlage passieren soll.*
- d) die Preisgestaltung des Pachtzinses (vorgeschlagen sind jetzt 544,- Euro jährlich oder 45,33 Euro monatlich) ist weitgehend nach ortsüblichen Richtwerten und für eine für die Marktgemeinde betriebswirtschaftlich akzeptablen Höhe durchzuführen.*

Ich ersuche den Gemeinderat, diesem Zusatzantrag – seitens der Gemeinde vorerst an Stelle eines Pachtvertrages nur eine Absichtserklärung an die Betreiber abzugeben – zuzustimmen.

Neuer Antrag von GR Pörnbacher:

Ich stelle an den Gemeinderat den Antrag, er möge den vorliegenden Pachtvertrag grundsätzlich beschließen. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt nach der Vermessung des Grundstückes und der Gründung der Betreibergemeinschaft.

Zurückziehung der Anträge:

GR Pörnbacher zieht seine beiden Anträge zurück.

GV Krieger zieht seinen Zusatz- bzw. Änderungsantrag zurück.

Neuer Antrag des Bürgermeisters:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss fassen, dass das Grundstück 1449/1, KG Ternberg, an die Bioenergie zur Errichtung eines Nahwärmeheizwerkes verpachtet wird. Die näheren Bedingungen müssen noch ausgearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag des Bürgermeisters wird mit 23 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; zwei Gemeinderäte (Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT) enthalten sich der Stimme.

1 5 . P u n k t

Ansuchen der Pfarre um einen Zuschuss zur Sanierung der Glocken- und der Läutanlage.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Das Pfarramt Ternberg hat mit Schreiben vom 15.10.2004 um einen Zuschuss zur Erneuerung der Glocken- und Läutanlage angesucht.

Als Gesamtkosten wurden € 12.633,96 angegeben.

Mit Schreiben vom 18.10.2004 wurde das Pfarramt Ternberg ersucht, einen Finanzierungsplan nachzureichen. Der Finanzierungsplan ist am 16.11.2004 eingegangen. Demnach betragen die Gesamtkosten € 15.237,96, weil noch die Kosten für eine Blindschaltanlage, die im Frühjahr 2005 eingebaut wird, dazu gerechnet wurden. Im Finanzierungsplan wurden € 1.000,-- als Zuschuss der Marktgemeinde Ternberg berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge einen Zuschuss in der Höhe von € 1.000,-- beschließen. Die Auszahlung soll im Finanzjahr 2005 erfolgen.“

Der Bürgermeister verliest den vorliegenden Finanzierungsplan.

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GR Mag. Hollnbuchner Birgit stellt den Antrag, der Gemeinderat möge dem Ansuchen der Pfarre um einen Zuschuss zur Sanierung der Glocken- und der Läutanlage stattgeben und einen Zuschuss in der Höhe von € 1.000,-- beschließen. Die Auszahlung soll im Finanzjahr 2005 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

16. Punkt

Kündigung der Wohnung Blasl Roman sen. mit 31.12.2004 in Trattenbach, Feitelstraße 9.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Herr Blasl Roman sen. ist seit einiger Zeit pflegebedürftig und kann auch mit Hilfe seiner Lebensgefährtin nicht mehr in der Wohnung in der Feitelstraße 9 leben. Er ist nun ständig im Pflegeheim Garsten untergebracht. Aus diesem Grund wurde die Wohnung mit 31.12.2004 gekündigt.“

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den mit Herrn Blasl Roman abgeschlossenen Mietvertrag per 31.12.2004 einvernehmlich auflösen.“

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

GR Molterer Theresia stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den mit Herrn Blasl Roman abgeschlossenen Mietvertrag für die Wohnung in Trattenbach, Feitelstraße 9, per 31.12.2004 einvernehmlich auflösen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

17. Punkt

Anmietung eines Weidemann Hoftrac 1250 P 34 Kommunal für den Winterdienst, Genehmigung des Mietvertrages.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„In den letzten Jahren sind durch Straßenausbauten immer mehr Gehsteige dazugekommen, die auch im Winter zu räumen und zu streuen sind.“

Bis jetzt wurde dies durch einen Motormäher mit einem Mann zur Bedienung durchgeführt. Dies ist jedoch von der Menge der Gehsteige zeitlich und auch sicherheitstechnisch nicht mehr möglich.

Es wurden bei verschiedenen Kommunalmesse Fahrzeugen für die Gehsteigräumung besichtigt und konnte auch dort kein entsprechendes Fahrzeug gefunden werden.

Aus diesem Grund wurde nun von der Firma Mauch ein so genannter Hoftrac für die Wintersaison 2004/05 angemietet.

Sollte dieses Fahrzeug den Anforderungen entsprechen, kann der Mietvertrag in einen Kaufvertrag umgewandelt werden. In diesem Fall werden die bisherigen monatlichen Mietkosten auf den Kaufpreis aufgerechnet.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beiliegenden Mietvertrag mit der Firma Mauch, Burgkirchen, betreffend Weidemann Hoftrac 1250 P 34 Kommunal zum monatlichen Entgelt von € 1.800,-, inkl. MWSt., beschließen.“

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat den wesentlichen Inhalt des Mietvertrages zur Kenntnis.

Beratung:

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Ich ersuche den Gemeinderat nachträglich um Genehmigung des Mietvertrages. Das Gerät musste so rechtzeitig bestellt werden, dass die Lieferung vor dem Winter erfolgen kann. Das Gerät wurde aber trotzdem leider bis heute noch nicht geliefert. Die Lieferung wurde aber für morgen fix zugesagt.

Bemerkungen möchte ich dazu, dass bisher kein Gerät ausfindig gemacht werden konnte, das 100%ig zum Gehsteigräumen geeignet ist. Der Hoftrac dürfte noch das geeignetere Fahrzeug sein. Deshalb wurde das Fahrzeug vorerst für vier Monate angemietet. Ein Ausstieg aus dem Vertrag ist jederzeit möglich. Wenn man mit dem Fahrzeug zufrieden ist, kann man Überlegungen zum Ankauf anstellen. Bei einem Kauf würde die Miete auf den Kaufpreis angerechnet werden.

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Hat es keine Möglichkeit gegeben, das Gerät ohne Verrechnung zur Probe zu bekommen?

Die Miete erscheint mir relativ hoch. Bei einem eventuellen Ankauf sollte mit der Firma nachträglich über eine kostenlose Probezeit verhandelt werden. Besteht überhaupt eine Chance, dass der Ankauf von der Aufsichtsbehörde genehmigt wird?

Dem Nachtragsbeschluss stehe ich nicht ganz einsichtig gegenüber, weil genügend Zeit war, um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können.

Wortmeldung GR Hager:

Wie hoch ist der Neupreis für das Gerät?

Sind Angebote eingeholt worden, wenn ja, wie viele?

Ist mit anderen Anbietern über eine kostenlose Probezeit verhandelt worden?

Beschlüsse im Nachhinein, bzw. ohne Angebote, sollte es eigentlich nicht geben.

Wortmeldung GV Krieger:

Der Preis erscheint mir sehr hoch. Es wäre vernünftiger gewesen, wenn man mehrere Angebote eingeholt hätte. Man hätte so auch mehr Möglichkeiten zum Verhandeln bzw. Aushandeln einer kostenlosen Testzeit gehabt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Mietvertrag muss nicht unbedingt beschlossen werden. Eine Rückgabe des Gerätes ist jederzeit möglich. Der Winterdienst auf den Gehsteigen muss dann eben wieder mit dem Motormäher erfolgen.

In Zusammenarbeit mit den Bauhofmitarbeitern ist man schon seit September bemüht, ein passendes Gerät zu finden. Ein Ankauf ist auf Grund der Finanzlage derzeit nicht möglich. Von der Firma Mauch wurde dann die Mietmöglichkeit angeboten.

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Grundsätzlich zur Räumung der Gehsteige möchte ich bemerken, dass diese speziell durch den Ausbau in den letzten Jahren immer schwieriger und umfangreicher geworden ist. Z.B. ist der Gehsteig an der Bundesstraße und an der Landesstraße in Dürnbach ohne Beleuchtung. Es ist für die Arbeiter sehr gefährlich mit dem Motormäher die Straße in der Finsternis zu queren und um 5 Uhr früh ist es noch nicht hell. Weiters ist es keine einfache Sache gewesen, ein halbwegs passendes Gerät zu finden. Erkundigungen bei den Nachbargemeinden haben ergeben, dass es dort auch kein zufrieden stellendes Fahrzeug gibt.

Man hat sich bemüht, eine akzeptable Lösung im Hinblick auf die Praxis und auf die finanzielle Situation zu finden. Das Ergebnis war eben die Anmietung eines Hoftracs.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Gesamtpreis des Gerätes beträgt laut Angebot der Firma Mauch vom 11.10.2004 € 40.704,--, exkl. MWSt.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat den Inhalt des Angebotes zur Kenntnis.

Wortmeldung GR Gierer:

Ein Ankauf wird aller Voraussicht nach auf Grund der Finanzlage nicht in Frage kommen. Wird der Hoftrac nach vier Monaten wieder zurückgegeben, oder auch während der Sommermonate gemietet?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Hoftrac wäre natürlich das ideale Fahrzeug für den Bauhof, weil er auch zum Kehren und Heben verwendet werden kann. Ein Ankauf wird natürlich angestrebt. Eine längere Anmietung wäre zu diesem Preis nicht wirtschaftlich.

Beschlussfassung:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den Mietvertrag mit der Firma Mauch, Burgkirchen, betreffend Weidemann Hoftrac 1250 P 34 Kommunal zum monatlichen Entgelt von € 1.800,--, inkl. MWSt., so wie von mir vorgetragen, beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen durch Handerheben angenommen; zwei Gemeinderäte enthalten sich der Stimme (Hager, Born, beide SPÖ).

Beilage: Mietvertrag

18. Punkt

Ausfinanzierung verschiedener außerordentlicher Vorhaben, Genehmigung des Finanzierungsplanes betreffend Gewährung einer Bedarfszuweisung.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Die Marktgemeinde Ternberg hat für die Ausfinanzierung verschiedener außerordentlicher Vorhaben einen Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung gestellt.

Das Amt der öö. Landesregierung hat mit Schreiben vom 10.11.2004 folgenden Finanzierungsplan bekannt gegeben:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Gesamt in Euro
Rücklagen								0
Anteilsbetrag o.H.		930						930
Interessentenbeiträge								0
Ver-mög. Veräußerung								0
(Förder.-)Darlehen								0
(Bank-)Darlehen								0
Sonstige Mittel								0
Bundeszuschuss								0
Landeszuschuss								0
Bedarfszuweisung		20.000						20.000
Summe in Euro	0	20.930	0	0	0	0	0	20.930

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den vom Amt der öö. Landesregierung, Abteilung Gemeinden, mit Schreiben vom 10.11.2004 bekannt gegebenen Finanzierungsplan in der vorliegenden Form beschließen.

Beratung:

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Beschlussfassung:

EGR Brandstetter Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vom Amt der öö. Landesregierung, Abteilung Gemeinden, mit Schreiben vom 10.11.2004 bekannt gegebenen Finanzierungsplan in der Form, wie vom Bürgermeister vorgetragen, beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig durch Handerheben angenommen.

19. Punkt

Abgabe einer Stellungnahme zur Gewerberechtsverhandlung betreffend Errichtung des Kaufgeschäftes Zielpunkt.

Der Bürgermeister verliest den vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt:

„Vor der Erteilung der gewerblichen Betriebsbewilligung des Zielpunkt-Marktes durch die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land ist die Gemeinde nach § 355 der Gewerbeordnung zu hören.

Der § 355 lautet:

Die Gemeinde ist im Verfahren zur Genehmigung der Betriebsanlagen zum Schutz der öffentlichen Interessen im Sinne des § 74 Abs. 2 Z 2 bis 5 im Rahmen ihres Wirkungsbereiches zu hören.

Dies besagt, dass die Gemeinde nur zu hören ist – sie hat keineswegs eine Parteistellung mit der Berechtigung zur Erhebung von Rechtsmittel.

Die Zuständigkeit hat ihre Grundlage im § 43 Abs. 1 der O. ö. Gemeindeordnung 1990: **„Dem Gemeinderat obliegen alle im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallenden Angelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind.“**

Der § 74 Abs. 2 lautet:

Gewerbliche Betriebsanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Behörde errichtet werden, wenn sie wegen der Verwendung von Maschinen und Geräten, wegen ihrer Betriebsweise, wegen ihrer Ausstattung oder sonst geeignet sind:

Ziffer 2:

Die Nachbarn durch Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterung oder in anderer Weise zu belästigen,

Ziffer 3:

Die Religionsausübung in Kirchen, den Unterricht in Schulen, den Betrieb von Kranken- und Kuranstalten oder die Verwendung oder den Betrieb anderer öffentlicher Interessen dienender benachbarter Anlagen oder Einrichtungen zu beeinträchtigen,

Ziffer 4:

Die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs wesentlich zu beeinträchtigen oder

Ziffer 5:

Eine nachteilige Einwirkung auf die Beschaffenheit der Gewässer herbeizuführen, sofern nicht ohnedies eine Bewilligung auf Grund wasserrechtlicher Vorschriften vorgeschrieben ist.

Zu den vor angeführten Gesetzesstellen wird Folgendes festgehalten:

Zu Ziffer 2:

Vom Sachverständigen wurde bei der Abhaltung der Bauverhandlung klar festgestellt, dass die Belästigung durch Lärmquellen nicht gegeben ist. Messungen haben ergeben, dass der Lärm, der vom Markt ausgeht, von den Kraftfahrzeugen 41 DB und von den Kühlgeräten 35 DB beträgt. Die Lärmmessungen auf der Bundesstraße ergaben 55 DB.

Die Anlieferung erfolgt bundesstraßenseitig und nur zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr.

Eine Lärmbelästigung der Nachbarn ist daher nicht gegeben.

Die Beheizung des Zielpunkt-Marktes wird über eine Nahwärmeleitung erfolgen. Eine Rauchbelästigung ist daher ebenfalls nicht gegeben.

Eine Belästigung durch Geruch, Staub oder Erschütterungen ist auszuschließen.

Zu Ziffer 3:

Eine Beeinträchtigung der Religionsausübung oder eine Beeinträchtigung des Unterrichtes in den Schulen ist ebenfalls auszuschließen.

Kur- und Krankenanstalten sind in der Gemeinde Ternberg nicht vorhanden.

Zu Ziffer 4:

Laut vorgelegtem Bauplan soll die Einfahrt und die Ausfahrt auf das Gelände des Zielpunkt-Marktes von der Thalerstraße aus erfolgen.

Es wird angenommen, dass es bei der Ausfahrt auf die Thalerstraße in Zeiten mit hohem Verkehrsaufkommen zu Behinderungen kommen könnte. Es wird daher vorgeschlagen, dass die Einfahrt von der Thalerstraße aus erfolgen soll. Die Ausfahrt aus dem Marktgelände soll über die Anzengruberstraße, ca. 35 bis 40 Meter entfernt von der Thalerstraße, erfolgen.

Bei der Gestaltung der Fläche im Bereich der Kreuzung der Thalerstraße mit der B 115 soll ein 2 Meter breiter Grundstreifen freigehalten werden, damit eine Abrundung der Straßentrompete vorgenommen werden kann.

Zu Ziffer 5:

Die Niederschlagswässer werden auf eigenem Grund versickert. Die Fäkalien werden über den öffentlichen Kanal entsorgt.

Eine nachteilige Einwirkung auf die Beschaffenheit der Gewässer ist daher nicht gegeben.

Die anlässlich der Gemeinderatssitzung am 30.9.2004 von der BPT überreichten Unterschriftenlisten können bei der Abgabe der Stellungnahme nach der Gewerbeordnung **nicht** berücksichtigt werden.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stellungnahme zur gewerberechtlichen Verhandlung des Zielpunkt-Marktes dahingehend abgegeben wird, dass die verkehrsmäßige Erschließung des Zielpunktmarktes über die Einfahrt Thalerstraße laut Plan und die Ausfahrt aus dem Marktgelände über die Anzengruberstraße, ca. 35 bis 40 Meter entfernt von der Thalerstraße, erfolgen soll.

Bei der Gestaltung der Fläche im Bereich der Kreuzung der Thalerstraße mit der B 115 soll ein 2 Meter breiter Grundstreifen freigehalten werden, damit eine Abrundung der Straßentrompete vorgenommen werden kann.

Ansonsten hat die Marktgemeinde Ternberg keine Einwände gegen die Errichtung des Zielpunkt-Marktes.“

Beratung:

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Bei der Bauverhandlung war ich als Bürgermeister berechtigt, eine Stellungnahme abzugeben. Diese Stellungnahme enthielt die gleichen Wünsche, wie die gegenständliche Stellungnahme, die ich bei der gewerberechlichen Verhandlung abgeben wollte.

Bei dieser Verhandlung wurde von GR Nagler schriftlich eingebracht, dass nicht der Bürgermeister, sondern der Gemeinderat zur Abgabe einer Stellungnahme berechtigt sei.

Es wurde dann vereinbart, dass die Stellungnahme der Gemeinde nachgereicht werden kann.

Eine Überprüfung hat ergeben, dass dies zwar den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, aber im ganzen Bezirk und auch nicht beim Gemeindebund bekannt gewesen ist.

Für zukünftige Geweberechtsverhandlungen muss man sich überlegen, ob nicht jemand zur Abgabe einer Stellungnahme nominiert werden soll.

Wortmeldung GV Krieger:

Ich möchte dieses Projekt Zielpunkt zum Anlass nehmen, dass im Bauausschuss rechtzeitig über ein Gesamtverkehrskonzept für dieses Gebiet beraten wird, nachdem dort die Errichtung von Styriabauten, eines neuen Sparmarktes, Betreutes Wohnen, eines Biomasseheizwerkes, die Aufschließung des Derfler Feldes, etc. geplant ist. Durch diese Projekte, ist zu erwarten, dass sich das Verkehrsaufkommen wesentlich erhöht. Die derzeitige Lösung mit den Verkehrsinseln an der Bundesstraße wird mit Sicherheit nicht mehr ausreichend sein.

Wortmeldung GR Hager:

Zur Wortmeldung von GV Krieger möchte ich noch ergänzen, dass die gegenständliche Kreuzung an der Bundesstraße die unfallhäufigste ist. Die meisten Unfälle passieren bei den Verkehrsinseln. Für das Verkehrsaufkommen, das durch die geplanten Projekte zu erwarten ist, wird die Linksabbiegespur nicht mehr ausreichen, weil sich nur zwei PKW's hintereinander einreihen können.

Wortmeldung GR Großeßner-Hain:

Wann erfolgte im Gemeindeamt die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung bzw. Bekanntmachung der Bauverhandlung.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Die Kundmachung wurde im Gemeindeamt am 22.11.2004 angeschlagen und am 30.11.2004 abgenommen. Die Aussendung erfolgte von der BH Steyr-Land.

Wortmeldung Vize-Bgmst. Steindler:

Ich schließe mich den Ausführungen von GV Krieger und GR Hager an und ersuche, Verkehrsexperten beizuziehen, damit eine wirklich gute Lösung für die Zukunft zu Stande kommt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Ich bin auch der Ansicht, dass der Bauausschuss mit der Erstellung eines Verkehrskonzeptes befasst werden sollte.

Zu den beiden Verkehrsinseln an der Bundesstraße möchte ich in Erinnerung rufen, dass der Bauausschuss und der Gemeinderat mit der Erstellung des Flächenwidmungsplanes und dem Bebauungsplan befasst waren. Man hat sehr wohl gewusst, welche Straßen davon betroffen sein werden. Bei den Beratungen wurde vorgeschlagen, die Thalerstraße zu verbreitern. Diese Variante fand aber keine Zustimmung.

Wortmeldung GR Großteßner-Hain:

Wurde mit den Anrainern über die Absicht, die Zu- und Abfahrt zum Zielpunkt aufzuteilen, gesprochen? Wenn ja, wurde dies von den Anrainern akzeptiert?

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Alle im Umkreis von 100 m liegenden Anrainer wurden zur Verhandlung eingeladen. Von drei Anrainern (Nagler, Stubauer und Freller) wurde eine gemeinsame schriftliche Stellungnahme abgegeben. Darin wurde auch gefordert, dass der Parkplatz außerhalb der Geschäftszeiten abzusperren ist. Dazu habe ich den Wunsch geäußert, dass der Parkplatz bei größeren Ortsveranstaltungen benutzbar sein muss.

Bemerken möchte ich zur ganzen Sache, dass es mich sehr verwundert hat, dass mir in der Zeitung eine Klage betreffend der Abgabe einer Stellungnahme bei der Gewerberechtsverhandlung angedroht wurde.

Beschlussfassung:

Bürgermeister Buchberger stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stellungnahme zur gewerberechtlichen Verhandlung des Zielpunkt-Marktes dahingehend abgegeben wird, dass die verkehrsmäßige Erschließung des Zielpunktmarktes über die Einfahrt Thalerstraße laut Plan und die Ausfahrt aus dem Marktgelände über die Anzengruberstraße, ca. 35 bis 40 Meter entfernt von der Thalerstraße, erfolgen soll.

Bei der Gestaltung der Fläche im Bereich der Kreuzung der Thalerstraße mit der B 115 soll ein 2 Meter breiter Grundstreifen freigehalten werden, damit eine Abrundung der Straßentrompete vorgenommen werden kann.

Ansonsten hat die Marktgemeinde Ternberg keine Einwände gegen die Errichtung des Zielpunkt-Marktes.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen angenommen; zwei Gemeinderäte stimmen gegen den Antrag (Großteßner-Hain, Schörkhuber, beide BPT); ein Gemeinderat enthält sich der Stimme (Gierer, SPÖ).

20. Punkt

Allfälliges

„Gesunde Gemeinde“ – Aktion des Landes OÖ.:

Der Bürgermeister berichtet, dass vom Land OÖ. eine Aktion „Gesunde Gemeinde“ durchgeführt wird. An dieser Aktion kann sich jede Gemeinde mit Projekten beteiligen. Mit Schreiben vom 03.12.2004 wurden vom Land OÖ. dazu Broschüren mit der Bitte um Weiterleitung an die Fraktionsobmänner übermittelt.

Der Bürgermeister meint dazu, dass man Überlegungen anstellen sollte, ob die Gemeinde Ternberg bei dieser Aktion nicht mitmachen sollte.

Sanierung der Hauptschule Ternberg;

Pflichtschulbau (Artikel aus der Amtlichen Linzer Zeitung):

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Amtlichen Linzer Zeitung unter dem Artikel „Pflichtschulbau: Kein Ende in Sicht“ berichtet wurde, dass in Oberösterreich bis zum Jahr 2009 rund 330 Schulbaumaßnahmen auf dem Programm stehen, was ein Investitionsvolumen von rund 386 Mio. Euro bedeutet.

Die Bauverhandlung für die Sanierung der Hauptschule Ternberg hat stattgefunden. Die schulbehördliche Bauplanbewilligung von der BH Steyr-Land wird in den nächsten Tagen einlangen und dann gleich an das Land OÖ. weitergeleitet werden. Man kann dann nur hoffen, dass die Aufnahme in das Schulbauprogramm erfolgt.

In dem Artikel in der Linzer Zeitung heißt es u.a. auch:

„Landeshauptmann Pühringer und Landesschulpräsident Enzenhofer betonen in diesem Zusammenhang auch die große Bedeutung von Turnsälen, die vor allem in ländlichen Gemeinden zusätzlich als „Veranstaltungssäle“ dienen. Sie freuen sich auch darüber, dass sich öö. Gemeinden immer häufiger für umweltfreundliche Heizformen (Biomasseheizanlagen) in den Schulen entscheiden.“

Vereinsgründung DOSTE:

Für die Vereinsgründung DOSTE ist von der BH die Zustimmung schriftlich erteilt worden. Vom Kulturausschuss können jetzt die nächsten Schritte zur Vereinsgründung eingeleitet werden. Ich ersuche alle Gemeinderatsmitglieder um ihre Mitarbeit.

Energiebuchhaltung:

GR Großteßner-Hain Josef erklärt, dass die Energiebuchhaltung gesetzlich vorgeschrieben ist. Er fragt, welche Maßnahmen in der Gemeinde in Bezug auf Energiebuchhaltung getroffen werden?

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Derzeit wird in der Gemeinde Ternberg keine Energiebuchhaltung gemacht. Es ergibt auch keinen Sinn, weil es nur eine Ölheizung im Amtshaus und zwei Elektroheizungen in den Schulen gibt.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Wenn die Führung der Energiebuchhaltung Vorschrift ist, dann muss sie auch in Zukunft gemacht werden.

Wortmeldung Großteßner-Hain:

Die Führung einer Energiebuchhaltung wäre wichtig, um Vergleiche mit anderen Heizungs-systemen anstellen zu können. Wie wird in der Gemeinde der Ölkauf gehandhabt? Wird Beachtung genommen auf die Preisschwankungen?

Wortmeldung Amtsleiter Haider:

Je nach Öl-Bedarf werden Angebote eingeholt. Eine genaue Preisentwicklung kann aber niemand voraussehen.

Übung des Österreichischen Bundesheeres:

GR Großteßner-Hain Josef bringt vor, dass die Bevölkerung im letzten Mitteilungsblatt der Gemeinde darüber informiert wurde, dass eine Übung des Österr. Bundesheeres im Bezirk Steyr-Kirchdorf und Steyr-Land, teilweise auch in der Gemeinde Ternberg, durchgeführt wird und dass für 02.12.2004 eine Demonstration von Friedensaktivisten am Kirchenplatz geplant ist. Von der Bevölkerung wurden mehrfach Beschwerden über den Begriff „Friedensaktivisten“ vorgebracht.

Wortmeldung Bürgermeister Buchberger:

Der Text, der im Mitteilungsblatt veröffentlicht wurde, wurde von einer Vorlage des Bundesheeres abgeschrieben. Das Wort „Friedensaktivisten“ war vielleicht nicht richtig gewählt und man hätte es auch weglassen können.

Blutspendeaktion des Roten Kreuzes:

GR Rogner teilt mit, dass am 15. und 16.12.2004 in der Rot-Kreuz-Stelle Ternberg eine Blutspendeaktion stattfindet. Er lädt alle Anwesenden zum Blutspenden ein.

Weihnachtswünsche:

GV Krieger:

Im Namen der SPÖ-Fraktion möchte ich dem Bürgermeister, den Vertretern der Marktgemeinde Ternberg, den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates ein recht schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr wünschen. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit für die gute Zusammenarbeit bedanken. Auch wenn es in der Sache verschiedene Meinungen gibt, ist es doch so, dass man von einem sehr guten Klima sprechen kann.

GV Ahrer:

Ich möchte mich im Namen der ÖVP-Fraktion für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ich wünsche Allen ein friedvolles Weihnachtsfest und erfolgreiches Jahr 2005.

Bürgermeister Buchberger:

Ich möchte mich bei den Gemeinderäten für die gute Zusammenarbeit recht herzlich bedanken. Besonders bedanken möchte ich mich bei Herrn Amtsleiter Haider, bei der Kassenleiterin Frau Asmus, bei der Protokollführerin Frau Schauer und natürlich bei allen MitarbeiterInnen.

Ich möchte allen ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen und hoffe, dass alle ein paar Tage Ruhe im Kreise der Familie finden können. Für das Jahr 2005 wünsche ich allen Gesundheit und Gottes Segen und hoffe weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich möchte anschließend an die Sitzung alle Anwesenden zu einem Umtrunk und einem kleinen Imbiss in das Gasthaus Derfler herzlich einladen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.00 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(ÖVP-Gemeinderatsmitglied)

.....
(Schriftführer)

.....
(SPÖ-Gemeinderatsmitglied)

.....
(BPT-Gemeinderatsmitglied)

.....
(FPÖ-Gemeinderatsmitglied)

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden/über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.^{*)}

TERNBERG, am

Der Vorsitzende:

^{*)} Nichtzutreffendes streichen!